

KRITIK

AN DIE UNI

AG KRITISCHE WISSENSCHAFTEN

Impressum:

Redaktion: AG Kritische Wissenschaften

Layout: Anneli, Ole Guinand

V.i.S.d.P: Florian Wilde für Die Linke.SDS
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- AG Kritische Wissenschaft S. 2-5
- Was sich dahinter verbirgt und warum sie notwendig ist - *Jens Wernicke* S. 6-14
- Herrschaft durch Wissenschaft? – Zur politischen Ökonomie von Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus - *Julia Dück* S. 16-22

Fachrichtungen

- Biologie - *Tobias Rahde* S. 23-26
- Geographie - *Max Manzey* S. 27-30
- Geschichte - *André Kistner* S. 31-33
- Orientalistik - *Mohamed Boukayeo und Almut Woller* S. 34-41
- Physik - *Kolja Sacharow* S. 42-46
- Psychologie - *Moritz Kirchner* S. 47-49
- Rechtswissenschaft - *Anne-Kathrin Krug* S. 50-52
- Sinologie - *Alexander Schröder* S. 53-56
- Sozialwissenschaften - *Tatjana Gossen, Anna Michels und Paul Rintelmann* S. 57-60
- Volkswirtschaftslehre - *Jakob Graf* S. 61-64

AG Kritische Wissenschaft

Wenn die einzige Konsequenz, welche die VWL aus ihren mathematischen Modellen zieht diejenige ist, dass Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, wenn der Biologe nach dem Gen für Homosexualität und Intelligenz forscht, wenn der Historiker aus dem Elend der Geschichte ein Denkverbot über einen menschenwürdigen Zustand der Gesellschaft ableitet, wenn die Soziologie glaubt, dass der Bewusstseinsstand einer Gesellschaft sich aus der Schnittmenge von quantitativen Meinungsumfragen ergäbe, wenn das Problem der Geographen darin liegt, dass unsere Erde überbevölkert ist, wenn Wissenschaft im Allgemeinen von sich behauptet, sie hätte nichts zu tun mit der Welt da draußen, während die Politik drauf und dran ist, ihr den Hahn abzudrehen, dann bedarf es der Kritik!

Was heißt Kritik?

Kritik, als wissenschaftliche Tätigkeit, ist im Universitätsalltag durchaus üblich: Kein Akademiker würde von sich behaupten er sei unkritisch; im Gegenteil: gehört die Kritik zum Selbstverständnis des üblichen wis-

senschaftlichen Arbeitens. Doch der Kritikbegriff in der gängigen wissenschaftlichen Praxis ist keiner. Er ist lediglich auf das eng umrissene Einzelfach beschränkt und zementiert es gegen andere ab. Die Konkurrenz, als allgemeingesellschaftliches Motiv, wirkt auch in den Wissenschaftsbetrieb hinein und funktionalisiert Kritik zum Instrument akademischer Abgrenzung, d.h. jemanden zu kritisieren bedeutet im Universitätsalltag unverbindlich Meinungen auszutauschen, weil an der Sache ohnehin nichts mehr zu rütteln sei. Das hat nicht zuletzt Ursachen in ihrer Methode und dem Verhältnis der jeweiligen Wissenschaft zu ihrem Gegenstand: Sie möchte lediglich die Theorie optimieren, um sie ihrem Gegenstand besser aufzuzwingen; sie redet über ihn, aber stellt ihn nicht in Frage, sondern nimmt ihn als gegeben hin. Aber der Blickwinkel auf einen Gegenstand ist nichts Ewiges. Im Gegenteil: hängt die Art und Weise wie ein Gegenstand betrachtet wird, immer schon von der Art und Weise ab, in welchen gesellschaftlichen Zusammenhängen die Menschen leben, und vor allem, welche Herrschaftsverhältnisse sie umklammern. Sowohl die Betrachtung eines wissenschaftlichen Objektes, als auch das Objekt selbst haben sich im Laufe der Geschichte verändert, was darauf hinweist, dass auch die gegenwärtigen Praktiken veränderbar sind. Über das Objekt seine Meinung zu bekunden, so als sei es schon immer da gewesen, verheimlicht diesen Sachverhalt.

Darum muss Kritik über den Tellerrand des je eigenen Einzelfachs hinausschauen; sowohl die einzelne Wissenschaft muss sich im Zusammenhang mit den jeweils anderen sehen, und interdisziplinär arbeiten, wie auch die Universität – als gesellschaftliche Institution von Wissenschaft – in ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang betrachtet werden muss. Das, was man gemeinhin als Selbstreflexion bezeichnet, ist unabdingbare Voraussetzung zur Äußerung von Kritik. Die Universitäten müssen anerkennen, dass sie sozialen Konsens produzieren und zementieren und nicht frei von Erkenntnisinteressen außerhalb ihres Bereiches sind. Selbstreflexion würde hier die Selbstwahrnehmung der Funktion in der Gesellschaft bedeuten. Alles andere ist akademische Scheinheiligkeit. Der Anspruch der Wissenschaft auf Objektivität, etwas so zu sagen wie es tatsächlich gewesen sei, auch gerne Wertfreiheit genannt, verhält sich geradezu gleichgültig gegenüber dem durch den Kapitalismus verursachten Leiden der Menschen auf der Welt, d.h. sie verhält sich wie das System selbst, sie kümmert sich nicht um die realen Bedürfnisse der Menschen. Objektivität ahmt die Gesellschaft bloß nach: Während außerhalb ihres Elfenbeinturms die Welt sich immer neuen sozialen Katastrophen ausliefert, konstatiert die Wissenschaft nüchtern „das ist so passiert“ und leistet damit dem Elend eifrig Beihilfe.

Die Behauptung andererseits, es gäbe

keine Alternative zum Kapitalismus ist ahistorisch: In seiner Polemik gegen die bürgerlichen Ökonomen spricht Karl Marx das aus: *“Die Ökonomen verfahren auf eine sonderbare Art. Es gibt für sie nur zwei Arten von Institutionen, künstliche und natürliche. Die Institutionen des Feudalismus sind künstliche Institutionen, die der Bourgeoisie natürliche. Sie gleichen darin den Theologen, die auch zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung*



Rodin

Gottes ist. - Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr." (Marx, MEW 4, 139).

Kritik, die Wissenschaft reflektiert, erkennt dagegen sowohl ihre geschichtliche Herkunft als auch ihren aktuellen gesellschaftlichen Funktionsszusammenhang und erinnert sie daran. Sie denunziert z.B. die scheinbare Freiheit der sogenannten objektiven Wissenschaften als Unfreiheit, indem sie darauf aufmerksam macht, dass sie abhängig ist von partikularen Interessen und deren Mitteln, wie etwa Geld.

Kritische Wissenschaft

Indem Wissenschaft also über ihre eigenen Bedingungen reflektiert, wird sie Gesellschaftskritik. Dadurch, dass sie Objektivität als Prinzip kritisiert, das sich um die Not der Menschen nicht kümmert, weil es sich einer geschichtslosen Sache verschworen glaubt, wird sie sich darüber bewusst, dass sich gerade in diesem Prinzip die Technik reproduziert, Menschen zu beherrschen. Außerhalb der Universität wird Wissenschaft instrumentalisiert: etwa in der Naturwissenschaft für die Zwecke der Industrie, in der Geisteswissenschaft für Politik und Wirtschaft.

Doch wird dies erst einmal erkannt, kann Wissenschaft den Menschen ebenso ein Mittel dazu bieten, sich ein angenehmes Leben, ohne materielle Sorgen und Angst zu bereiten; schließlich könnte mit Technik gesell-

schaftliche Arbeit, die heute sinnloser denn je erscheint, auf ein Minimum reduziert werden. Kritische Wissenschaft weitet sich somit zur Systemfrage aus. Sie möchte nicht nur den Wissenschaften, sondern den Individuen zur Selbsterkenntnis verhelfen und dadurch, dass sie sich im Gedanken jenseits des Tellerrandes stellt, die Möglichkeit einer kooperativen Selbstgestaltung aller Lebensbereiche aufzeigen. Die verbetriebswirtschaftlichte Mainstreamwissenschaft, der es nur um die Analyse, Kategorisierung und Beherrschung des bloß Gegebenen geht, gebiert sich alternativlos und tilgt alle Phantasie. Die langweilige Atmosphäre in den trockenen und zugleich überfüllten Seminaren und Vorlesungen spiegelt das nur wider. Auf diese Phantasie, die sich mit Hilfe des Wissens, jenseits des „Stoffs“ entfalten kann, kommt es aber an. Es geht um die Wiederbelebung kritischen Denkens überhaupt.

Wer sind wir?

Die *AG Kritische Wissenschaft* ist der Versuch eine Gegenbewegung zum betriebswirtschaftlichen Konsens an den Universitäten zu bilden, der sich der einseitigen Ausrichtung auf Lehrplanvorgaben, Fakten, Verwertbarkeitsdenken und der Ausrichtung auf den ohnehin zerbröckelnden Arbeitsmarkt widersetzt. Die Konkurrenz in der Arbeitswelt wird bereits beim Studium simuliert. „Besser sein als alle anderen“ - nur so schafft man

den Master, ganz zu schweigen von der von allem Inhalt abstrahierten „Karriererelevanz“ einiger Fächer wie BWL oder Jura. Dagegen halten wir einen gemeinsamen und solidarischen Aneignungsprozess von Wissen für sinnvoll. Uns geht es darum, eine bewusste und mündige Wissenschaft zu konstituieren, die nach dem Gesamtzusammenhang und ihrer eigenen Existenz darin fragt; eine Wissenschaft, die den eigenen Gegenstand der Wissenschaft und damit die ganze Gesellschaft zu kritisieren beginnt.

Wir wollen insofern Wissenschaft im Allgemeinen reflektieren, wie im Besonderen in den Fachbereichen Arbeitsgruppen bilden oder bereits existierende ausbauen wie etwa Soziologie und Politikwissenschaften, Geschichte, VWL, Jura, Psychologie, Biologie und Physik. Weiterhin möchten wir die Funktion der Hochschulen im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Gesellschaft analysieren. Deshalb wollen wir mit interessierten und kritischen Menschen in einem Netzwerk interdisziplinär zusammenarbeiten und diskutieren, die zugleich autonom ihre Gedanken schärfen wollen.

Die AG Kritische Wissenschaft ist eine AG von *Die Linke.SDS*, wenngleich eine Mitgliedschaft im SDS nicht erforderlich ist, um sich an diesem Prozess zu beteiligen. Ihr geht es zuallererst darum, in den Arbeitsgruppen an den Disziplinen zu prüfen, was die Universität versäumt. Kritik an der Institution Universität und ihren Be-

dingungen zielt letztthin darauf ab, sie zu verändern. Bildung ist nicht ein bloßes Herrschaftsinstrument; was in ihr akzeptiert und verschwiegen wird, spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wider. Diesen sich entgegenzusetzen, bedeutet für uns aber auch das Potenzial von Bildung zu begreifen. So ist der Bildungsstreik für uns nicht nur die Möglichkeit, die unmittelbaren Bedingungen der Studierenden zu verbessern, sondern auch kritisch in die Mainstream-Wissenschaften zu intervenieren, um Bildung auch inhaltlich eine qualitative Aufwertung zu verleihen. Das heißt für uns: Bildung nicht nur allen Menschen in allem Umfang zugänglich zu machen, sondern auch Bildung im unmittelbaren Interesse aller Menschen umzugestalten.

Im Rahmen der Studentenproteste wurde nicht nur die zu hohe Belastung durch zahlreiche Prüfungen für die Bachelor- und Masterstudiengänge kritisiert (auch wenn diese Forderung als eine der wenigen in die aktuelle Politik implementiert wurde) sondern vor allem auch der Aufbau und die Inhalte des Studiums. Hierbei zeigt sich vor allem, dass Studiengänge so aufgebaut werden, dass sie wirtschaftlich nutzbar sind und der neoliberalen Denkweise entsprechen. In den meisten Fachbereichen gibt es selten bis nie die Möglichkeit interdisziplinär und kritisch mit Lerninhalten umzugehen. Zwar ist methodologische Kritik immer erwünscht und sogar gefordert aber der eigentliche Doppelcharakter der Kritik, nämlich die enthaltene Systemkritik, wird nicht thematisiert. Dieses möchten wir nun versuchen zu ändern.

Zur Einführung in das Thema kritische Wissenschaft findet Ihr hier einen Text von Jens Wernicke. Jens Wernicke, Jahrgang 1977, studierte an der Bauhaus-Universität Weimar Medien- und Kulturwissenschaften. Er war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und zuletzt im Vorstand des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. sowie als Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Thüringen aktiv.

Seit seinem Studienabschluss Mitte 2008 arbeitet er als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Was sich dahinter verbirgt und warum sie notwendig ist

Sind die Wissenschaften nicht dazu da, zu erforschen, wie man die Gesellschaft menschlicher macht? Wo aber sind die ProfessorInnen und Studierenden, die sich fragen und hinterfragen, wie arbeitslosen Menschen wieder ein menschenwürdigeres Leben als jenes mit ALG II zu ermöglichen ist - und deren Antworten zudem in der Praxis auch nachweisbar wirksam sind? Wie wäre es einmal mit einer anderen Wissenschaft - einer "kritischen", die plötzlich zu ganz anderen Antworten führt? *Eine Einführung in die Kritische Theorie von Jens Wernicke*

Problemskizze

Würde jemand aus meiner Familie, alle Arbeiter oder kleinere Angestellte, danach gefragt werden, was ihm oder ihr beim Wort "Universität" als erstes in den Sinn käme, antwortete die entsprechende Person mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit: Euch geht es da doch allen viel zu gut!

Ihre Vorstellung der Hochschule beinhaltet zu allererst: Kaum arbeitende Studierende und Profs, von denen erstere von viel zu viel staatlicher oder elterlicher Unterstützung und letztere von allzu fürstlichen Gehältern leben, sowie nach dem Studium dann eine Art Arbeitsplatz- und Wohlstandsgarantie.

Und auch wenn jedeR Studierende, zumal wenn er oder sie BAföG-EmpfängerIn war oder ist, bestätigen wird, dass der Wahrheitsgehalt dieses "Bildes" (1) gen Null tendiert, hätte meine Familie doch ein Recht auf Kritik, denn: Längst besteht für Außenstehende kaum mehr ein wahrnehmbarer Zusammenhang zwischen ihnen und den Hochschulen, zwischen Hochschulen und der Gesellschaft an sich. Ja, "[n]iemals in der Geschichte war das Wissen, was eine Universität ist, so marginal wie heute" (Wolfgang Ißbach), sodass deren gesellschaftliche Relevanz immer mehr in Frage gestellt wird.

Und ganz unschuldig sind die Hochschulen daran nicht: Gemessen an ihrem Ziel, mittels Forschens und Theoriebildens den Menschen zu dienen, ja, die Gesellschaft menschlicher gestalten zu helfen, ist ihnen unlängst - in Zeiten wachsender sozialer Spannungen, steigender Massenarbeitslosigkeit, immer weiter fortschreitender Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, zunehmenden Rassismus etc. - ein fast völliges Versagen zu attestieren.

Und wo bleiben auch die versprochenen, tatsächlich wirksamen und die gesellschaftlichen Probleme lösenden Theorien? Wo bleiben die Studierenden und anderen Hochschulmitglieder, die bei ihren wiederkehrenden Protesten Transparente mit der Auf-

schrift "Weg mit Sozialabbau à la Hartz I bis IV - wir wissen, dass und wie es anders geht" tragen, um unter Beweis zu stellen, dass Studiengebühren keine gute Idee sind? Wo sind die jungen Lernenden, die sich überhaupt noch als Teile der Gesellschaft, die außerhalb ihrer Hochschulen existiert, begreifen; die realisieren, dass die zunehmende Privatisierung staatlicher Daseinsfürsorge in fast allen Bereichen (2) in der überwiegenden Mehrheit auch sie direkt nach dem Studierendenden schmerzen und benachteiligen wird? Wo bleibt das Bewusstsein, "parteilich", parteilich für die Menschen tätig zu sein?

Traditionelle Wissenschaft

Das gibt es in der "traditionellen Wissenschaft" (vgl. Max Horkheimer) nicht. Vielmehr meint diese, der Gesellschaft als Ganzem zu dienen, zwischen bzw. über Einzelinteressen stehend unparteiisch, objektiv und wertfrei zu sein, womit dem und der Einzelnen, so die These, schließlich stets am besten gedient sei (vgl. Theodor W. Adorno).

Sie dient, so ihre Crux, dem bestehenden gesellschaftlichen "System" als Ganzem - sieht also, sozusagen, bspw. die Interessen der Deutsche Bank AG und jene einer allein erziehenden ALG II-Empfängerin "wertneutral" als nebeneinander gleichberechtigt an bzw. blendet sie entsprechend als nicht redundant aus - und hat die Regeln des

Systems oftmals als stillschweigend vorausgesetzte Grundannahmen (3) internalisiert, womit ein Hinterfragen eben dieser unmöglich gemacht ist.

Kurzum: Der momentane neoliberale Umbau des Staates hätte "viel weniger Chancen, wenn die Angehörigen der Universität nicht eine besondere Disposition zum Selbstbetrug hätten" (Wolfgang Eßbach). Dass sie eine solche besitzen, "liegt in der Struktur ihrer Tätigkeit, die geistige Arbeit ist und ohne ein idealistisches Element gar nicht funktioniert" (ebd.), an sich. "Beispiele [hierfür] [...] liegen auf der Hand. So müssen sich z. B. Professoren, die die Idee der Wertfreiheit der Wissenschaft verteidigen, selbst betrügen. Sie müssen sich selbst heftig einreden, dass sie nur neutrale Tätigkeiten verrichten, die als solche weder regierungs- noch oppositionsfreundlich oder -feindlich eingestellt, d. h. eben politisch sind" (ebd.).

Kritische Wissenschaft

Anders die kritische Wissenschaft, Kritische Theorie. Ihr geht es "auch und vor allem um das weniger offenkundige, den gesellschaftlichen Machtverhältnissen selber innewohnende, sie verschleiernde und bekräftigende Bewusstsein, das "der Natur", "dem Wesen des Menschen" oder "der Sache selbst" zuschreibt, was doch geschichtlich durch gesellschaftliche Tätigkeit hervorgebracht [und somit änderbar] ist; um Ideologiekritik also.

Dass darüber hinaus die Wichtigkeit theoretischer und praktischer Realitätskritik als Aufgabe von Wissenschaft zu betonen ist, liegt daran, dass innerwissenschaftliche Kritik immer Gefahr läuft, die Welt der Konzepte und Kategorien zu verselbständigen und sich in dieser zu verirren, um dann um so rechthaberischer als - wie Karl Marx einmal schrieb - "von aller Masse und Materie ungetrübte [...] 'reine' Kritik" aufzutreten" (Karl Hermann Tjaden), die ihren Lebens- und Realitätsbezug längst jedoch verloren hat.

Auch wenn also jede Wissenschaft, jede wissenschaftliche Theorie, für sich in Anspruch nimmt, "kritisch" zu sein, indem sie sich mit anderen Ansätzen, Ergebnissen und Methoden innerwissenschaftlich auseinandersetzt und vergleicht, besteht der Unterschied zwischen dieser und der Kritischen Wissenschaft doch und vor allem darin, dass letztere emanzipatorisch bedeutsam nach Herrschaft, gesellschaftlichen Interessen und praktischem Eingreifen fragt sowie nach Theorien und Methoden sucht, mit denen eben diese Fragen gestellt und beantwortet werden können.

Sie "ist also ein prinzipielles Gegen-den-Strom-Schwimmen, dabei vor allem auch gegen den Strom der eigenen Vorurteile und [...] gegen die eigene Tendenz zum Sich-Korrum-pieren-Lassen und Klein-Beigeben gegenüber den herrschenden Kräften,

denen die Erkenntnisse gegen den Strich gehen, die ihren Herrschaftsanspruch gefährden könnte[n]. Demnach ist Wissenschaft quasi als solche Kritik und Selbstkritik: Aber nicht die konkurrenzbestimmte profilierungssüchtige Kritik vieler bürgerlicher Intellektueller, sondern eine Kritik zur Durchsetzung des menschlichen Erkenntnisfortschritts im Interesse aller Menschen gegen die bornierten Interessen der Herrschenden an der Fortdauer menschlicher Fremdbestimmung und Unmündigkeit“ (Klaus Holzkamp).

Die drei Hauptbeobachtungsfelder der Kritischen Theorie sind die Ökonomie, die Entwicklung des Individuums und die Kultur. In einer Kombination marxistischer und psychoanalytischer Perspektiven wird insbesondere die “Gesellschaft” kritisch betrachtet. Sie wird nicht nur als eine Gesamtheit von Menschen in einer bestimmten Zeit aufgefasst, sondern vielmehr als “Verhältnisse”, die dem und der Einzelnen übermächtig gegenüberstehen und Charakter und Handlungsmöglichkeiten dieser in immer stärkerem Maße formen und somit ihre Möglichkeiten, Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen, zunehmend reduzieren. Eine besondere Mittlerrolle kommt dabei der familiären Sozialisation, den Massenmedien sowie der Massenkultur zu.

Angenommen wird, dass in der kapitalistischen Gesellschaft durch

zunehmende Technisierung, wissenschaftlichen Fortschritt und die hieraus resultierender Bürokratie eine Entfremdung eintritt, durch welche die Bedeutung des Individuums verloren geht. Die aufklärerische Vernunft habe das Erlangen von wahren Erkenntnissen über die Welt zwar als das Wesen des Menschen angesehen, habe sich unlängst jedoch zu einer instrumentellen und zweckbestimmten gewandelt. Diese betrachte die Welt und auch die Menschen einzig unter dem Aspekt des Nutzens. Die Beziehungen zwischen den Individuen würden unter Auflösung tradierter Bindungen weitgehend versachlicht und objektiviert und reduzierten sich zunehmend auf bloße Tauschverhältnisse.

Hinauslaufen würde dies auf eine “total verwaltete Welt”, die gegenüber dem Einzelnen umfassende soziale Kontrolle ausübe und Idealismus, Nonkonformismus, Unkonventionalität oder Kreativität als ihres Charakters nach entgegenlaufend konsequent unterdrücke. Die Kritische Theorie fordert, dass die Philosophie in der Gesellschaft eine praktische und zentrale Bedeutung haben müsse; mit dem Ausblick auf bessere Verhältnisse in einer zukünftigen Gesellschaft.

Ein Beispiel: Kritische Psychologie

Wer nun beispielsweise behauptet, die Wissenschaft der Psychologie als solche sei per se wertneutral und un-

politisch, in ihrem traditionellen Erscheinungsbild also bereits Kritik und Selbstkritik, der oder die vergisst zumindest zweierlei: Zum einen, dass die Entstehung der Sozialpsychologie vor in etwa 100 Jahren nachweislich als konservative Antwort auf den Sozialismus anzusehen und daher keineswegs als neutral zu bezeichnen ist. Zum anderen, dass es kaum mehr eine gesellschaftliche Schweinerei auf Erden gibt, an welcher Psychologinnen und Psychologen nicht beteiligt waren und sind:

Sie "betreuen bombenwerfende Killer in Angriffskriegen, sie versuchen ihnen anvertraute Minderjährige mit Erziehungsstrategien zu übertölpeln, sie waren an der Optimierung von Folter ebenso beteiligt wie daran, ökonomisch-soziale Probleme zu personal-psychologischen umzuformulieren: so wird aus zwei Zimmern für eine fünfköpfige Familie deren mangelnde Frustrationstoleranz oder aus der Kombination von Armut und Karstadt-Werbung "aufgepasst - zugefasst" der psychologisch zu behandelnde minderjährige Ladendieb" (Morus Markard, S. 19 f.).

So fragen denn auch traditionelle Psychologen, wenn sie beispielsweise versuchen, gegen rassistische Entwicklungen zu arbeiten und herauszufinden, warum niemand dem Menschen mit anderer Hautfarbe, der in der U-Bahn angepöbeln wird, hilft, Fragen wie jene, wie Rassisten sind und wie mensch zum Rassisten werden kann, Fragen also, deren Antworten die Gesellschaft als Ganzes per se als gegeben und unabänderbar unterstellen, und bedienen sich hierzu des psychologischen Konzeptes des Vorurteils, in welchem eine recht ausgeprägte Art persönlicher Zuschreibung mitschwingt.

Die Kritische Psychologie hingegen fragt - nicht zuletzt im Wissen um die herrschende Ausländerpolitik und -gesetzgebung - hingegen anders herum: "Wie sollen Menschen nicht ausländerfeindlich, nicht rassistisch werden, wenn sie doch den Ausschluss, die Ausgrenzung von "Ausländerinnen" und "Ausländern" jeden Tag als "Recht und Gesetz", als gesellschaftlich legitimiert vorgeführt sehen? Warum sollten Menschen, aus welchen sozialen Gruppen auch immer, nicht auf die Idee kommen, dass



sie Entsprechendes auch in ihrem Alltagsdenken und -handeln vollziehen dürfen? Warum sollte die Vorstellung, dass eine Verschlechterung der Lebensbedingungen von Ausländerinnen und Ausländern eine Verbesserung der Lage Einheimischer brächte, nicht ins alltägliche Denk- und Handlungsrepertoire Einheimischer eingehen? Wenn man so fragt, sieht man Rassismus nicht [mehr] in erster Linie als ein persönliches Vorurteil, sondern als nahegelegte Reproduktion alltäglicher Lebensweise, eines institutionellen Rassismus“ (ebd., S. 20) also.

“Ebenso schlägt [sich] in den Begriffen Leistung und Leistungsstreben selber, mit denen im Übrigen nicht nach der gesellschaftlichen Nützlichkeit der zu erbringenden Leistungen gefragt wird, eine gesellschaftliche Ordnung [nieder], in deren Dienste nolens volens [unfreiwillig] steht, der oder die diese Begriffe nicht hinterfragt“ (ebd., S. 20).

Es kann also - zieht man den stets vorhandenen Einfluss der Gesellschaft auf sowohl das zu untersuchende als auch und vor allem das forschende Subjekt in die Betrachtungen mit ein - einigermaßen zwanglos geschlussfolgert werden, dass die Vorstellung der traditionellen Psychologinnen und die Psychologen, es seien sie allein, die über den Charakter ihrer Wissenschaft entschieden sowie über deren “Wertneutralität” wachten, als naiv bis abwegig einzustufen ist, sieht

diese Auffassung doch davon ab, dass sich gesellschaftliche Widersprüche, Interessen und Herrschaftsverhältnisse mitten in wissenschaftlichen Konzepten wiederfinden.

Daher bleibt das Wort von der “Gesellschaft”, welcher die Wissenschaft dient, so lange ein blutleeres und abstraktes Konzept, wie von gesellschaftlichen Interessenwidersprüchen abgesehen oder eben von ihnen “abstrahiert” wird. Das Aufdecken von Interessen ist somit eine wesentliche Konkretisierung des sonst abstrakt bleibenden - und wie zu meinen ist: sinnvollen, ja notwendigen - Gesellschaftsbezuges von Wissenschaft.

Ideologiekritik

Interessant hieran ist nun, wie dieser abstrakte Gesellschaftsbezug sich heutzutage präsentiert, ja, “hergestellt” wird - und somit (unter anderem) interessengeleitete Wissenschaften produziert. Wie es also kommt, dass die angeblich gebildete und objektive Wissenschaft bzw. deren “menschliches Personal” es heutzutage nicht einmal mehr vermag, sich des gesunden Menschenverstandes zu bedienen und “Lüge” oder “Dummfug” zu rufen oder schreien, wenn Politik und Medien beispielsweise den Argumentationsreigen zu singen beginnen, es sei doch nicht gerecht, dass mensch in Kindertagesstätten Gebühren zahlen müsse, in Hochschulen aber nicht, in

beiden solle doch fortan zur Kasse gebeten werden, dies sei dann gerecht. Warum also niemand bzw. kaum jemand mehr - in gesellschaftlicher Verantwortung stehend und "objektiv" - an dieser Stelle darauf aufmerksam macht, dass es schon selten dämlich ist, vermeintlich wissenschaftlich untermauert zu behaupten: Jetzt haben die Kinder die Pest, da holen wir der Fairness halber doch den Erwachsenen auch noch die Cholera ins Haus (4).

Am ehesten ist wohl zu vermuten, dass die aktuelle vorherrschende Form der Ausblendung gesellschaftlicher Interessen dadurch ermöglicht und befördert wird, dass gesellschaftliche Prozesse seitens derer, denen dies ein Vorteil ist, mehr und mehr als interessentbundene Sachzwänge präsentiert werden:

"Nach der hier zu Grunde liegenden Logik des "Standortes Deutschland" gibt es keine Klassen und Interessen mehr. Die Ersetzung von politischen Kontroversen durch Sachzwang- und Standortlogik und damit die Systematisierung der Abstraktion von gesellschaftlichen Interessen bedeutet, dass die Verhältnisse so, wie sie sind, grundsätzlich sein müssen" (ebd., S. 23), in dem Sinne also naturgegeben und - in ihren Prämissen und für jederman - unabänderlich und -hinterfragbar sind. "Diese Sachzwanglogik hat eine ganz erhebliche Bedeutung für die Bestimmung von Kritik. Kritik

setzt nämlich Sachverhalte voraus, die als Handlungen oder deren Resultate aufgefasst werden können. Deswegen kann auch Natur nicht sinnvoll kritisiert werden - wo dies geschieht, geschieht dies in Verkennung dieses Umstandes oder in satirischer Absicht" (ebd., S. 23 f.).

Diesen Umstand, jenen, dass Natur nicht sinnvoll zu kritisieren ist, kann sich zu nutze machen, wer gesellschaftliche Verhältnisse naturalisiert: Unter dieser Voraussetzung nämlich machen sich Kritiker, die angeblich aus der "Natur" der Sache sich ergebende "Sachzwänge" kritisieren, einzig lächerlich.

Eben solche Naturalisierungen, stillschweigende Grundannahmen und verdeckte Interessen also, kurz: angebliche "Naturgesetze", die doch gar keine sind, aufzudecken und zu thematisieren, um die hinter diesen liegenden gesellschaftlichen Handlungsoptionen zu offenbaren, ist Aufgabe und Funktion Kritischer Wissenschaft und der ihr notwendigen Ideologiekritik.

Sie bezieht sich auf ein Denken, "das die Gesellschaft selbst zu seinem Gegenstand hat. Es ist nicht nur darauf gerichtet, irgendwelche Missstände abzustellen [wie es selbsterklärte Aufgabe der traditionellen Theorie ist], diese erscheinen ihm vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft. Wenngleich es aus der gesellschaftlichen Struktur hervorgeht, so ist

es doch weder seiner bewussten Absicht noch seiner objektiven Bedeutung nach darauf bezogen, dass irgend etwas in dieser Struktur besser funktioniere. Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig und keineswegs außerwissenschaftliche Voraussetzungen, mit denen es nichts zu schaffen hat. Während es zum Individuum in der Regel hinzugehört, dass es [...] seine Befriedigung und seine Ehre darin findet, die mit seinem Platz in der Gesellschaft verknüpften Aufgaben nach Kräften zu lösen und bei aller energischen Kritik, die etwa im einzelnen angebracht sein sollte, tüchtig das Seine zu tun, ermangelt jenes kritische Verhalten durchaus des Vertrauens in die Richtschnur, die das gesellschaftliche Leben, wie es sich nun einmal vollzieht, jedem an die Hand gibt“ (Max Horkheimer).

Kritische Wissenschaft ist daher per se auch Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. Oder, um es mit Marx zu sagen: “Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern”.

Resümee

Kritische Wissenschaft, die als solche alles in Frage stellt und zu hinterfragen versucht, ist in diesem Sinne erst tatsächlich objektive Wissenschaft.

Einer solchen bedürfen im Moment nicht nur die Studierendenproteste, die allzu oft im Standort-Deutschland-Schema verharren, sondern bedarf auch und vor allem die Gesellschaft an sich. Zumindest, nimmt mensch das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen eben aller Bürgerinnen und Bürger (endlich) einmal ernst.

Fußnoten

(1) “Die Hochschulpolitik der neunziger Jahre basiert auf der Logik der Mediengesellschaft. Nach ‘89 erklären die Regierenden erstmals das westdeutsche Hochschulwesen zur blühenden Landschaft, in der sich faule Studierende und faule Professoren räkeln. Genauer gesagt, 1990 bis 1993: vier Jahre Propagandafeldzug gegen die faulen Studierenden. 1994 bis 1997: vier Jahre Propagandafeldzug gegen die faulen Professoren” (Wolfgang Eßbach). So kam und kommt es denn auch, wie es kommen sollte und beabsichtigt war: Die deutsche Öffentlichkeit hält, wie es es zu tun angehalten ist, die deutschen Hochschulen für Paradiese, in welchen sich Faulenzer sonnen; die Politik hingegen nutzt diese Chance, die absichtlich produzierte Fehlwahrnehmung, aus - und kürzt und kürzt in einem fort, denn: Wo sich Staatsdiener oder Lernende sonnen, da gab und gibt es doch eindeutig zuviel Geld.

(2) Bildung, Gesundheit, Altersversorgung, Sozialleistungen, öffentliche Dienste etc. Siehe hierzu auch die WEED-Studie zu den Folgen von

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa: Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck.

(3) Als Beispiel sei hier vielleicht an- und ausgeführt: Uns allen wird tag-ein, tagaus, ja, unser gesamtes Leben hindurch, immer wieder aufs Neue vermittelt, wir lebten in einer "freien" Gesellschaft, wir seien alle einander "gleich" - und Fleiß zahle sich aus; wer also nur fleißig arbeite, der oder die brächte es schon zu was. Diese "Grundannahme", diesen Grundwert, tragen wir alle mit uns herum - ebenso wie die forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dies tun. Läßt mensch es nun hierauf bewenden, ist bereits alles geklärt. Tut mensch dies nicht, führt dies zu Ergebnissen, wie sie beispielsweise Michael Hartmann in seinem Buch "Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft" publiziert hat, welche aber auch die PISA-Studien in der ein oder andern Dimension deutlich gemacht haben: Die gesellschaftliche Position wird in Deutschland fast ausschließlich vererbt. Wer also arme Eltern hat, bleibt sein Leben lang arm, egal, wie "fleißig" er oder sie ist. Und dass Menschen in gesellschaftliche Führungspositionen gelangen, hat eben auch zu allererst mit Habitus, Auftreten und Abstammung, und hiernach erst mit Fleiß und Leistung zu tun.

(4) Was ich an dieser Stelle min-

destens ebenso bemerkenswert und daher erwähnenswert finde, ist die Tatsache, dass es den momentanen Gegenauflärungs-Kampagnen bereits gelungen ist, die ArbeiterInnen in Betrieben und Fabriken selbst und in vermeintlich ihrem Interesse fordern zu lassen, die Gewerkschaften gehörten "an die Leine" oder auch gleich ganz abgeschafft - frei nach der Devise, der Arbeitgeber wüsste doch schon am besten, was die Interessen der ihm Untergebenen sein und vertrete diese daher besser als die eigene Interessenvertretung dies vermag. (Dass die Strukturinteressen von Unternehmen - nicht Unternehmern! - im Kapitalismus hingegen de facto bedingungslose Gewinnmaximierung und Kostenreduzierung, sprich hemmungslose Ausbeutung sind, dies Wissen scheint hier vollends abhanden gekommen zu sein.) Auch ist beachtlich, dass auf das politische Argument, an den Hochschulen studierten ja fast ausschließlich die Kinder der Reichen, die Bürgerinnen und Bürger zuhauf mit einem "Dann sollen sie auch zahlen!" reagierten und reagieren, anstatt sich dafür einzusetzen, dass dieses bisherige Finanzeliten-Privileg gefälligst auch auf ihre Kinder übergeht.

Text mit Literaturliste zu finden unter http://www.studis-online.de/HoPo/art-473-kritische_wissenschaft.php

Wir fördern.

Der Fördererkreis demokratischer Vorkol- und Hochschulpolitik e.V. fördert linke studentische Projekte. Dabei kooperiert er mit dem Studierendenverband Linke. SDS. Durch Mitgliedsbeiträge und Spenden können Seminare, Veranstaltungen und Publikationen unterstützt werden. **Werde jetzt Mitglied!**

Unsere nächsten Seminare:

**Kritik an die Uni
Kritische Wissenschaft und
Hochschulen im Kapitalismus**
21.-23.05.10 in Darmstadt

**Wer hat Angst vor Kopftuchträgern?
Erscheinungsformen und Funktion
der Islamophobie**
28.-30.05.10 in Leipzig



Seminarinfos, Mitglied werden, Geld spenden:

www.foerdererkreis.de

Herrschaft durch Wissen- schaft? – Zur politischen Ökonomie von Bildung und Wissenschaft im Kapi- talismus

*Julia Dück studiert Politikwissen-
schaften an der FU Berlin und ist bei
DieLinke.SDS aktiv. Kontakt unter
juliadueck@web.de*

Wenn es um Sparmaßnahmen im Bildungssystem geht, können in den allermeisten Fällen große gesellschaftliche Mehrheiten gegen Kürzungen in der Bildung mobilisiert werden. So scheinen Aussagen gegen Bildungskürzungen über die politischen Lager hinweg konsensfähig zu sein, wenn von Bildungsministerin Annette Schavan ("Wer jetzt für die Kürzung des Bildungssystems plädiert, versündigt sich an der Zukunft. Die Bildungspolitik ist die moderne Sozialpolitik, Sozialpolitik ist Bildungspolitik"¹) über SPD-Landesfraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel („Bildungspolitik nach Kassenlage darf nicht sein. Die Herausforderung unserer Zeit heißt mehr und bessere Bildung!"²) zu gewerkschaftlichen Positionen (Andreas Keller: "Wir bräuchten sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts für Bildung. Jetzt droht ein Rückschritt."³)

1 Annette Schavan 14.05.2010: Spiegel online

2 Thorsten Schäfer-Gümbel 11.05.2010:
www.spd-hessen.de

3 Andreas Keller 04.06.2010: taz.de

Einigkeit zu bestehen scheint. Wissen und Bildung als wichtige Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenlebens anzusehen, scheint einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu genießen. Doch gibt es diesen gesellschaftlichen Konsens wirklich? Oder unterscheiden sich die Positionen, wenn die Begriffe mit Inhalt gefüllt werden, doch voneinander?

Die Forderung nach Kritischer Wissenschaft geht davon aus, dass kritische Lehrinhalte aus den Hochschulen immer wieder verdrängt wurden und werden und dass Hochschulen somit wissenschaftlichen Mainstream und Herrschaftswissen erzeugen. Hochschulen werden als Ort der Reproduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse kritisiert und andere Lehrinhalte gefordert. Hier deutet sich an, dass der Begriff der „Bildung“ mit sehr unterschiedlichen Inhalten und Vorstellungen assoziiert werden kann und dass die Ausgestaltung von Hochschulen im Kapitalismus umkämpft ist. Trotz des scheinbaren gesellschaftlichen Konsens' werden von den unterschiedlichen Fraktionen also verschiedene Ziele verfolgt, wenn für Bildung gesprochen wird. Ob Bildung die emanzipatorische Befähigung zur gesellschaftlichen Veränderung oder die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen meint, ist von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig. Es ist daher kein Zufall, wenn in der VWL alle gelehrten Wirtschaftsmodelle auf die Notwendigkeit von Lohnkürzungen hinaus laufen, die

Politologie gesellschaftliche Armut mit demographischem Wandel erklärt, die Physik nicht nach der Anwendung ihrer Forschungsergebnisse fragt, die Psychologie gesellschaftliche Gewalt durch subjektive Fehler austauscht, die Rechtswissenschaft gesellschaftlich bedingtes als kriminell definiertes Verhalten radikal individuell zurechnet..., und Wissenschaft somit insgesamt nicht im Kontext der bestehenden Gesellschaft betrachtet und ihre Annahmen und Erkenntnisinteressen vor diesem Hintergrund kritisch reflektiert werden. Wie aber kommt es dazu, dass Kritik aus den Hochschulen verdrängt wird und welche Aufgaben und Funktionen erfüllen Wissenschaft und Bildung dann in der kapitalistischen Gesellschaft?

Politische Ökonomie von Bildung und Wissenschaft – Hochschulen im Verwertungszwang

Emanuel Kapfinger und Thomas Sablowski gehen davon aus, dass der kapitalistische Produktionsprozess einerseits auf ständiger technologischer Innovation basiert, die dazu beiträgt Produktionsprozesse produktiver zu machen, und andererseits auf dafür ausgebildeten Arbeitskräften, die sich produktiv in die Produktionsprozesse einfügen. Im Kapitalismus werden Unternehmen dazu getrieben, ihre Produktionsprozesse ständig produktiver zu machen, um sich in der Konkurrenz zu anderen einen Vorteil und somit zusätz-

lichen Profit zu verschaffen oder mit den konkurrierenden Unternehmen mithalten zu können. Folglich sind sie auch auf entsprechend ausgebildeten Arbeitskräfte angewiesen, die sich in den Produktionsprozess einfügen und zugleich zur Produktivität beitragen. Wenn der kapitalistische Produktionsprozess aber auf hoch entwickelten Produktivkräften und einer voranschreitenden Produktivkraftentwicklung basiert, müssen gesellschaftlich oder privat entsprechende Arbeitskräfte und Wissen produziert werden, um die Weiterentwicklung der Produktionsprozesse zu garantieren. In diesem Sinne müssen Bildung und Wissenschaft für den kapitalistischen Produktionsprozess nützlich sein, indem in der Wissenschaft primär anwendbares Wissen für die Produktivkraftentwicklung produziert wird (wie die Entwicklung neuer Technologien für Produktionsmittel), während Bildung primär nützliche Arbeitskräfte hervorbringen soll. Damit wird die Voraussetzung für die Herstellung von Wert durch die Unternehmen geschaffen. Die Nützlichkeit von Bildung und Wissenschaft besteht also in der Wertbildung und Wertrealisation und ist somit der Verwertbarkeit unterworfen. Verwertung im kapitalistischen Sinne meint die Produktion und Verwirklichung von Wert, also die Erzeugung von Profit. Kurzum: Bildung und Wissenschaft sind im Kapitalismus den Profitinteressen der Wirtschaft untergeordnet. Allerdings stellen Kapfinger/Sa-

blowski heraus, dass die sich ständig verändernden Produktionsprozesse eine gewisse Vielseitigkeit der Arbeitskräfte erfordern, da „für situationsabhängiges Handlungsvermögen und eigenständiges Arbeiten [...] ein gewisses Maß an Kreativität und Erfindungsgeist nötig“ (Kapfinger/Sablowski 2010: 252) ist. Bildung kann sich daher nicht darauf beschränken, bloß für spezialisierte Anwendungen geeignete Arbeitskräfte hervorzubringen, sondern muss auch Kenntnisse allgemeiner Natur vermitteln. Auch die Wissenschaft muss neben der konkreten Technologieentwicklung, die unmittelbar für den Produktionsprozess nutzbar gemacht werden kann, allgemeines Wissen erzeugen, um Entdeckungen machen zu können. Folglich muss neben konkreter Forschung durch Grundlagenforschung auch allgemeines Wissen erweitert werden. Bildung und Wissenschaft beinhaltet demnach stets immer auch ein Moment des Allgemeinen, das sich den vorgegeben Zwecken – also auch dem der Verwertbarkeit – entzieht. Dieses Moment des Allgemeinen ist dabei einerseits für die Ermöglichung neuer Entdeckungen und die Flexibilität der Arbeitskräfte notwendig, schafft andererseits aber eine gewisse Unberechenbarkeit und Ungewissheit über die Umwandlung von Grundlagenforschung oder Allgemeinbildung in rentable Ergebnisse.

Wegen der Unberechenbarkeit der Verwertung durch das Moment des Allgemeinen ist das Bildung-

swesen zum großen Teil aus der Privatwirtschaft ausgegliedert und als staatliche Aufgabe anerkannt. Das Risiko einer „Fehlinvestition“ bei einer Nicht-Verwertbarkeit von Grundlagenforschung oder Allgemeinwissen könnte Unternehmen zu einer Vermeidung von Kosten für diesen Bereich von Bildung und Wissenschaft verleiten und damit die Kontinuität des technischen Fortschritts und die umfassende Ausbildung zu produktiven Arbeitskräften gefährden. Dies ist ein Grund für die Zuständigkeit des Staates für das Bildungs- und Wissenschaftswesen. Ein weiterer Grund staatlicher Zuständigkeit – und somit vor allem staatlicher Finanzierung – für Bildung und Wissenschaft ist die Unmöglichkeit der materiellen Bindung von Wissensprodukten. Die Ausbildung von Arbeitskräften oder die Erzeugung von Wissen durch Forschung sind wirtschaftliche Investitionen, die sich für Unternehmen nur dann lohnen, wenn die Ergebnisse sich für sie in Profit umsetzen lassen. Da Unternehmen Arbeitskräfte nach der Ausbildung aber nicht zwingen können, weiterhin bei ihnen beschäftigt zu sein, und auch die Forschungsergebnisse immer „gefährdet“ sind, von anderen Unternehmen verwertet zu werden, ist die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft auch in diesem Sinne ein Risiko der „Fehlinvestition“ aus der Sicht der Unternehmen. In dem Maße, in dem der Staat die Zuständigkeit für Bildung und Forschung übernimmt,

nimmt er den Einzelunternehmen daher auch das mit den Forschungs- und Bildungsausgaben verbundene Verwertungsrisiko ab und garantiert gesamtwirtschaftlich dennoch für die Kontinuität des technischen Fortschritts und die ständig voranschreitende Produktivkraftentwicklung. Da staatliche Forschung und Bildung jedoch über Steuern finanziert wird, bildet sie indirekte Kosten und Abzüge vom Profit der Unternehmen. Aus diesem Grund ist auch die staatliche Finanzierung des Bildungswesens und die Höhe der Finanzierung immer umkämpft, indem Unternehmen versuchen ihre Kosten zu minimieren. Dadurch wird ein gesellschaftlicher Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und dem Interesse an staatlich finanzierter Bildung und Forschung und ihrer Geringhaltung wegen der Kostenreduktion produziert.

Das Moment des Allgemeinen führt aber nicht nur zum Risiko der Fehlinvestitionen auf Seiten der wirtschaftlichen Interessen, sondern beinhaltet zugleich ein Potential für Emanzipation. Bildung und Wissenschaft gehen nicht in ihren kapitalistischen Funktionen auf, sondern können in der Loslösung von ihrem unmittelbaren Zweck auch zur kritischen Reflektion und Emanzipation von Menschen beitragen. Allgemeinbildung und Grundlagenforschung als von konkreten Verwertungszwängen – vorerst – befreite Bereiche und ein „Blick über den Tellerrand“ können somit ein Hinterfragen und kritisches Reflektieren

hervorbringen und so zum Nachdenken über Gesellschaft beitragen. Im Durchschnitt aber bleibt das Wissen der Hochschulen Herrschaftswissen, das den gesellschaftlichen Kontext, in dem es produziert wird, sowie die eigene Funktion innerhalb der Gesellschaft nicht reflektiert, sondern zum Ausgangspunkt macht.

Bildung und Wissenschaft als Herrschaftswissen und Verdrängung von Kritik

So geht Alex Demirović davon aus, dass „unter Bedingungen der Herrschaft von Menschen über Menschen und der Herrschaft von Menschen über Natur [...] die Wissensarten und die Arten des Wissens immer auch davon bestimmt [sind], dass sie zu dieser Herrschaft beitragen müssen“ (Demirović 2010: 393f). Wodurch aber zeichnet sich Herrschaftswissen aus und wie wird es hergestellt?

Zunächst ist davon auszugehen, dass Gesellschaften immer Wissen erzeugen, das sie für die Aneignung der Natur und die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse benötigen. Doch unter herrschaftlichen Verhältnissen gibt es ein als hochkulturell definiertes Wissen derjenigen, die herrschen und die Definitionsmacht haben, und das Erfahrungswissen von unten, das nicht als Wissen definiert und weitergegeben wird. Für die Hochschulen bedeutet das folglich, dass das darin gelehrt wissenschaft-

liche Wissen von dem Wissen der Laien, von den Problemen der Gesellschaft und den Erfahrungen ihrer Mitglieder getrennt gehalten wird. Diese Trennung vollzieht sich vor allem über den Zugang zu Wissen. Wenn nur diejenigen, die über Ressourcen verfügen, die Möglichkeit haben Wissen auszuarbeiten, zu pflegen und tradieren zu können und umgekehrt gerade die Macht des Wissens ermöglicht, Privilegien zu bewahren, wird die Art des Wissens dadurch beeinflusst. Für die Art des Wissens ist es entscheidend, wie das Wissen erzeugt wird, wer über die Mittel zur Produktion dieses Wissens, über das Wissen selbst sowie seine Verteilung und Übermittlung verfügt. Kurzum: Die Produktionsbedingungen von Wissen sind für den Charakter desselben ausschlaggebend.

Wenn unter herrschaftlichen Bedingungen der Zugang zur Wissensaneignung und -produktion ein Privileg ist, dann schöpfen sich Erkenntnisinteressen und Erfahrungen auch nur aus dem Alltagswissen Privilegierter. (Bsp.) So stellt sich die Frage der Unterdrückung durch Arbeitsverhältnisse nicht, wenn in den Orten der Wissensproduktion nur die Herrschenden, nicht aber die von den unterdrückenden Verhältnissen Betroffenen mit ihren Alltagserfahrungen und ihren Problemen selbst repräsentiert sind. Probleme von gesellschaftlichen Mehrheiten werden so über den Zugang zu Wissen von diesem abgetrennt. In diesem Sinne

wird Wissen zu Herrschaftswissen und zeichnet sich aus, indem Probleme und Erkenntnisinteressen nur aus der Perspektive Zugangsprivilegierter entwickelt werden. Zugleich wird das Herrschaftswissen durch verschiedene Institutionalisierungen stabil gehalten und reproduziert: Berufungen, Mittelvergabe, die Notwendigkeit von Veröffentlichungen in spezifischen Fachzeitschriften, die Zitation der wichtigsten Autor_innen, Vergabe von Drittmitteln und Forschungsprojekten sowie eine Vielzahl anderer Mechanismen tragen dazu bei, dass sich Herrschaftswissen verstetigt, reproduziert und für anderes Wissen ausschließend bleibt. Wenn Finanzen vor allem in Bereiche fließen, die besonders viele Drittmittel einwerben, und diese vor allem für Bereiche vergeben werden, die sich wirtschaftlich verwerten lassen, findet eine Beeinflussung der Lehrinhalte statt. Wenn Forschungsprojekte von der Finanzierung privater Unternehmen abhängig sind, weil die staatlichen Finanzen zu knapp sind, findet eine Beeinflussung des Wissens statt. Und wenn Berufungen sich nach den Veröffentlichungen in spezifischen Fachzeitschriften richten, die für neue, sie in Frage stellende Inhalte nicht offen sind, findet ebenfalls eine Beeinflussung der Wissensinhalte statt. Wissen und Lehrinhalte der Hochschulen werden demnach durch ihre Ausrichtung auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse beeinflusst und verengt. Dazu tra-

gen Fachzeitschriften, Berufungen, Vergaben von Forschungsprojekten, Mittelvergaben ... und viele andere Mechanismen ihren Teil bei. Zugleich verengt sich die Wissensproduktion, wenn Erkenntnisinteressen und Erfahrungen sich nur aus der Perspektive des privilegierten Teils der Gesellschaft speisen, der Zugang zur Wissensproduktion, Verbreitung und Vermittlung hat.

Ausgestaltung von Bildung und Wissen als gesellschaftlicher Kampf

Rückbeziehend auf die Ausgangsfrage, wie Kritik aus den Hochschulen verdrängt wird und welche Aufgaben und Funktionen Wissenschaft und Bildung dann im Kapitalismus erfüllen, lässt sich daher festhalten: Im Kapitalismus haben Bildung und Wissenschaft die Funktion, produktive Arbeitskräfte für den Produktionsprozess auszubilden und Innovationen für eine Produktivkraftentwicklung zu erarbeiten, um die Produktivkraftsteigerung der kapitalistischen Produktion, auf der das kapitalistische System basiert, zu gewährleisten. Zugleich erfüllen Bildung und Wissenschaft die Funktion der Reproduktion von Herrschaft durch die Vermittlung von Herrschaftswissen, das sich über den Zugang zur Wissensproduktion und über die Produktionsbedingungen von Wissen durch die Trennung vom Wissen der Laien, den Problemen der Gesellschaft und den Erfahrungen ihrer Mitglieder auszeichnet. Beides

wirkt sich beeinflussend auf den Inhalt von Bildung und Wissenschaft aus und führt zur Verdrängung von Kritischer Wissenschaft und Kritik aus den Hochschulen. Die Ausgestaltung des Bildungs- und Wissenschaftswesens ist jedoch nicht unabänderlich, sondern abhängig von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ihrem Einfluss auf die Ausgestaltung. Wenn sich also Proteste gegen Sparmaßnahmen und Kürzungen im Bildungswesen artikulieren, ist das ein Versuch, durch gesellschaftlichen Druck einen Einfluss gerade auf die Ausgestaltung von Bildung und Wissenschaft zu nehmen. Die Zielrichtungen der Proteste können sehr unterschiedlich ausfallen. In jedem Fall aber zielen sie auf eine Einflussnahme der Gestaltung des Bildungs- und Wissenschaftswesens ab. Und auch wenn der Bildungsstreik mit seinen Forderungen nach einer sozialen Öffnung der Hochschulen, der Abschaffung des Bachelor/Master-Systems in der derzeitigen Form, der Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen und der Demokratisierung der Hochschulen Proteste auf die Straße bringt, so ist auch das der Versuch, die Ausgestaltung von Bildung und Wissenschaft durch gesellschaftlichen Druck zu verändern. Die Forderungen sind dabei zwar einerseits sehr konkret und zunächst vielleicht nur im Sinne reformierender Veränderungen, jedoch würde eine umfassende Durchsetzung dieser Forderungen den Charak-

ter des Hochschulsystems bedeutend verändern und damit auch die Funktionen von Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus in Frage stellen: Die Forderungen nach sozialer Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen zielen auf eine Überwindung des Herrschaftswissens, indem die Trennung zwischen dem Wissen der Herrschenden und dem Wissen von unten aufzuheben versucht wird und die Definitionsmacht über Wissen demokratisch gestaltet werden soll. Die Forderungen nach der Abschaffung des Bachelor/Master-Systems in der derzeitigen Form und die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen zielen auf Veränderungen der Produktionsbedingungen von Bildung und Wissenschaft, die vom Verwertungszwang befreit werden sollen und zur Befähigung von Menschen zu emanzipativen, gesellschaftsverändernden Nachdenken beitragen sollen. Der Bildungsstreik organisiert in diesem Sinne einen wichtigen gesellschaftlichen Widerstand, der die Ausgestaltung des Bildungs- und Wissenschaftswesens zu einem gesellschaftlich umkämpften Feld macht, um die kapitalistischen Funktionen von Bildung und Wissenschaft zurück zu drängen und die gesellschaftlichen Funktionen zu bestärken. Kritische Wissenschaft und Kritik setzt folglich voraus, an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teilzuhaben, um die Funktionen von Bildung und Wissenschaft zu kämpfen und darüber Kritik wieder an den Hoch-

schulen zu verankern, denn anderenfalls etablieren sich Verwertungszwang und Herrschaftsreproduktion und führen zur inhaltlichen Verengung. Es stellt sich daher die Herausforderung, den scheinbaren gesellschaftlichen Konsens für gute Bildung und Wissenschaft wirklich im Sinne der Gesellschaft zu nutzen und für die Verdrängung der kapitalistischen Funktionen der Hochschulen zu kämpfen, um ihre gesellschaftlichen Funktionen hervortreten zu lassen. Es geht um die Etablierung eines Verständnisses von Bildung, dass eine emanzipatorische Befähigung zur gesellschaftlichen Veränderung meint, und nicht die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen!

Literatur:

Demirović, Alex (2010): Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von »Bologna«. In: Johanna-Charlotte Horst/ Johannes Kagerer/ Regina Karl et al. (Hg.): Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universitäten.

Kapfner, Emanuel/ Sablowski, Thomas (2010): Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus. In: Johanna-Charlotte Horst/ Johannes Kagerer/ Regina Karl et al. (Hg.): Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universitäten.

Kritische Biologie

Gerne wird Wissenschaft als objektiv oder neutral dargestellt. Dieses kann und darf jedoch niemals der Fall sein. Bereits durch die Auswahl des Forschungsschwerpunktes verliert die Wissenschaft ihren Neutralitätschein, denn es wurde aus welchen Gründen auch immer eine subjektive Wahl getroffen. Hierbei spielt auch nicht nur ein spezielles, eigenes Forschungsinteresse eine Rolle, sondern auch die universitäre „Infrastruktur“. So wird beispielsweise ein Professor benötigt, der bereit ist die Arbeit zu betreuen, Stipendien und Stiftungen, welche durch die Vergabe von Geldern Forschungsschwerpunkte beeinflussen und lenken. Statistische Methoden, mit denen der Anschein von Objektivität in der Naturwissenschaft oft gewahrt wird, belegen oder widerlegen nur die in gewisse Methoden eingebetteten Fragen. Damit Wissenschaft also keine reine Anpassungs- und Herrschaftswissenschaft wird oder bleibt ist eine fundamentale Kritik notwendig.

Der Doppelcharakter der Kritik

Der Begriff der Kritik wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der

Gesellschaft nahezu inflationär gebraucht. Kaum jemand, der wissenschaftlich arbeitet, würde sich als unkritisch bezeichnen. Eine unkritische Verwertung von Daten oder Ergebnissen führt nicht nur in der Biologie sondern in allen Wissenschaften fast automatisch zu unwissenschaftlichem Arbeiten. Ein solcher Kritikbegriff bezieht sich in der Biologie häufig auf methodologische Fragen. Er kann und muss auch als wichtiges Bewegungsmoment der Wissenschaft dienen. Die kritische Biologie muss jedoch darüber hinausreichen. Sie muss nach Horkheimer die Wissenschaftskritik mit der Gesellschaftskritik verzahnen. Hierbei offenbart sich der Doppelcharakter der Kritik: Zum einen muss Kritik innerhalb des Rahmens der Gegebenheiten greifen, zum anderen muss die Kritik auch diesen Rahmen selbst in Frage stellen. Dieser Doppelcharakter soll anhand eines Beispiels aus der Biologie verdeutlicht werden.

Tobias Rahde, studierte Biologie und Politikwissenschaft und promovierte jetzt in der Verhaltensbiologie der FU Berlin zur Kognition von Keas (Nestor notabilis).

„Während meines Bachelor und Masterstudiums habe ich immer wieder die Eindimensionalität des Studiums zu spüren bekommen und versuche jetzt diesen Missstand mit eigenen Lehrveranstaltungen zu mildern.“

Kontakt: AGkritischenaturwissenschaft@list.fu-berlin.de

In den 90er Jahren begann die biologische Suche nach einer Lösung des Missstandes, dass Menschen, die sich vorwiegend von Reis ernähren müssen, unter zahlreichen Mangelerscheinungen leiden. Ein wichtiger fehlender Nährstoff, vor allem bei Kindern, ist dabei Vitamin A. Dieser Vitamin A Mangel führt zur Blindheit und macht sehr Anfällig für Infektionskrankheiten. Der menschliche Organismus ist in der Lage aus Beta-Karotin (auch Provitamin A genannt) Vitamin A herzustellen. Biologen gelang es zwei Gene in die Reispflanze einzuführen, welche Enzyme produzieren, die wiederum die Produktion von Karotinoiden fördern. Als Endprodukt entsteht eine Reispflanze, deren Körner in der Lage sind den täglichen Bedarf an Beta-Karotin abzudecken: *Golden Rice*. Diese Entdeckung wurde von großen Teilen der Biologie als nachhaltige Lösung der Ernährungsprobleme der Dritten Welt gefeiert.

Zunächst also die Kritik innerhalb des bestehenden Rahmens:

Hinter dem Projekt *Golden Rice* stehen nicht nur Wissenschaftler, die ein humanitäres Interesse verfolgen, sondern auch der US Agro-Konzern Syngenta. Im *Golden Rice* stecken 70 Patente, über die 32 Patentinhaber verfügen, die im Falle der Kleinbauern auf die Erhebung von Lizenzgebühren verzichten, nicht aber grundsätzlich auf ihre Patente. Im Gegenzug bedeutet dies, dass das Hauptnahrungsmittel eines Großteils der Weltbevölker-

ung bereits zu einem erschreckenden Ausmaß unter die Kontrolle transnationaler Konzerne geraten ist. Auch inhaltlich ist das Produkt *Golden Rice* äußerst fragwürdig, denn zur Aufnahme von Vitamin A sind Lipide notwendig. Aber gerade eine unterernährte Bevölkerung verfügt nicht über zusätzliche Fette. Außerdem ist der Anteil an Vitamin A im *Golden Rice* immer noch so gering, dass ein Erwachsener Mensch mehrere Kilo des Reis' täglich essen müsste, um den Tagesbedarf an Vitamin A zu decken. Diese letzten Punkte kritisieren viele Biologen, da er in das typische Denkmuster der Naturwissenschaft passt. Hierbei wird die Zweckmäßigkeit der Entdeckung analysiert und gegebenenfalls verbessert. Aus diesem Grund ist es bei diesem Beispiel unabdingbar auch den Rahmen in Frage zu stellen und damit den Doppelcharakter der Kritik deutlich zu machen. Durch die Einführung der kapitalistischen Industrielandwirtschaft wurde der Rückgang der biologischen Vielfalt und der traditionellen Ernährung in den so genannten Entwicklungsländern bewusst herbeigeführt. Traditionelle Reissorten oder auch beispielsweise Koriander enthalten mehr Karotin als das gentechnisch erschaffene Wunderwerk *Golden Rice*. Doch diese traditionellen Anbauweisen lassen sich nicht mit den kapitalistischen Instrumenten kontrollieren und monopolisieren. Die einzige Form von Hunger, den die Konzerne, die zu fast hundert Prozent

den Markt für genmanipulierte Pflanzen beherrschen, stillen, ist eben nicht „der Hunger in der Dritten Welt, sondern der Hunger der Aktionäre“ (EU-Kommissarin Margot Walström). Neben diesem Doppelcharakter der Kritik tritt häufig ein Aspekt zurück, der genau wie die Kritik innerhalb des Rahmens und am Rahmen selbst, absolut notwendig ist, um den inflationären Begriff der Kritik in einen fundamentalen zu verwandeln: die Selbstkritik. Die Bereitschaft eigene Fehler zu suchen und einzugestehen muss wichtiger Teil der emanzipatorischen Praxis werden und damit zur Definition und zur Findung eines Wahrheitsbegriffes beitragen. Diese Verbindung von Kritik und Selbstkritik muss im Interesse *aller* Menschen sein. Ein solcher Wahrheitsbegriff muss zu einer Empörung über die bestehenden Verhältnisse führen, die thematisch und theoretisch auf der Höhe der Zeit bleiben muss. Nur dann kann es möglich sein eine Utopie zu entwickeln und damit, wie Adorno sagt, die Schranken zu überschreiten. Das Problem und die Gefahr, in die sich eine kritische Wissenschaft dabei begibt, sind, dass sie vordenken soll, was sich erst noch entwickeln muss. Hierfür ist eine fundierte Theoriearbeit notwendig. Eine Theoriearbeit, die angetrieben wird von der Wut über das Elend der Welt. Wir müssen hierbei dem Rat des italienischen Marxisten Antonio Gramsci folgen und einen maximalen Realismus beibehalten ohne jedoch fatalistisch

zu werden.

Zirkulationsprozesse der Biologie

Ein weiterer Ansatzpunkt für die kritische Biologie ist in der steigenden Ökonomisierung der Biologie zu sehen. In der Biologie entstehen neue Zirkulationsprozesse, so werden beispielsweise reale Körperstoffe wie Blut, Organe, Fortpflanzungs-Substanzen und Stammzellen genauso der ökonomischen Zirkulation unterworfen wie auch Biodaten in Form von Gesundheitspässen, Biometrie und in der Humangenetik. Foucault entwickelte den Begriff der Bio-macht (bio-pouvoir) den er offen definierte als „die sorgfältige Verwaltung der Körper und die rechnerische Planung des Lebens“ (Foucault 1976, S.166). Fasst man diesen Begriff abstrakt, so bricht Biomacht mit den traditionellen, logischen Mustern der Herrschaftsausübung. Nicht eine Verbotslogik, auch keine bloße Sicherungs- und Stabilisierungslogik, sondern eine Lebens-Steigerungslogik zeichnet sie aus. Anstelle fester Gesetze spielt Ökonomie eines „Normalen“ eine zentrale Rolle, dessen flexible Randbedingungen Politik verändern kann. (Gehring 2006, S.13) Hier entstehen wichtige Verknüpfungspunkte von kritischer Biologie und kritischer Medizin, Jura und Politikwissenschaft.

Bioethik

Zur Regulierung neuer Biotechnolo-

gien wurde die Bioethik als neue Disziplin ins Leben gerufen. Sie durchdenkt moralische Probleme nicht nur, sondern bewertet sie auch und ist bemüht Lösungen zu finden. In der öffentlichen Debatte fällt dabei die Monopolstellung der Ethik auf. Generell wird in der Bioethik davon ausgegangen, dass die Probleme lösbar sind und demzufolge nach Schritten gesucht, welche auf das Ziel der Lösbarkeit hinarbeiten. Die Ethik leistet keine analytische Beschreibungsarbeit und überspringt wichtige Vorfragen. Sie reduziert Probleme der Beschaffenheit und der Macht des Gegebenen auf die Frage „Was sollen wir tun?“ Es werden also selten Zusammenhänge diskutiert, sondern stets eine Kontroverse im Zeichen der Dringlichkeit geführt (Gehring 2006). Sachzwänge spielen bei allen ethischen Überlegungen eine entscheidende Rolle und moralische und technische Grenzen werden gemeinsam diskutiert. „Die Abwägung wird auf eine bereits als notwendig erscheinende Zukunft unserer Gegenwart gelenkt und findet sich damit sozusagen in einem virtuellen Spielraum wieder, in dem eine erste Grenzüberschreitung immer schon bejaht ist, um deren ‚ethische‘ Bewältigung es geht.“ (Gehring 2006, S.111) Hier muss die kritische Biologie entgegenwirken und eine analytische Diskussion anstoßen.

Die Verlockung ist sehr groß gesicherte Erkenntnisse aus der Ökologie, der Genetik oder der Zoologie auf gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse zu übertragen. Berichte über ‚egoistische Gene‘ und Übertragungen darwinistischer Ideen auf die Gesellschaft haben längst den Sprung von den speziellen Fachjournalen in die Boulevardblätter geschafft und hier verkommen sie zu biologischen Sachzwängen, mit denen sich eine bestehende Herrschaftsform scheinbar wissenschaftlich begründen lässt. Doch wenn man der Versuchung erliegt, bei-spielsweise Altruismus mit egoistischen Genen zu erklären, wird man sehr bald die Grenzen dieser Erklärung erkennen und der menschlichen Intelligenz und Moral nicht gerecht. Auch hier muss es die Aufgabe der kritischen Biologie sein eine öffentliche und breite Diskussion anzustoßen, mit dem Ziel eines sensiblen und fachlich korrekten Umgangs mit den Begriffen der Biologie, anstelle von Phrasen, welche als natürliche Gesetzmäßigkeiten dargestellt werden.

Biologische Prinzipien als gesellschaftliche Erklärungsmodelle

Kritische Geographie

Max Manzey studiert Geographie, mit Schwerpunkt auf Sozialgeographie und Politische Geographie, an der HU Berlin. Dort ist er auch in DieLinke.SDS aktiv. Kontakt unter: max.manzey@gmx.de

Geographie als Wissenschaft stellt sich heute als ein Mosaik aus vielen speziellen Themengebieten dar. Die deutlichste Trennung besteht dabei zwischen

der Physischen Geographie, die sich zum Beispiel mit dem Klima oder der geomorphologischen Entwicklung der Erdoberfläche auseinandersetzt und der Humangeographie, die sich mit der Beziehung zwischen Mensch und Raum beschäftigt. In dieser kurzen – und sicherlich nicht vollständigen – Vorstellung, was man unter einer „Kritischen Geographie“ verstehen kann, wird vor allem die Humangeographie näher betrachtet.

Eine kritische Wissenschaft muss sich ständig selbst reflektieren und hinterfragen. Jede Art der Forschung und auch der Lehre agiert in einem Gesellschaftssystem, nimmt eine Rolle in diesem ein und beeinflusst

die Entwicklungen. Dabei gilt es die Herrschaftsverhältnisse aufzudecken, sie zu kritisieren und eine Wissenschaft zu betreiben, die im Sinne der Mehrzahl der Menschen und nicht nur im Sinne der herrschenden Klasse forscht und handelt. Aufgabe von kritischen WissenschaftlerInnen sollte es sein für eine bessere und gerechtere Welt zu arbeiten. In diesem Sinne sollte die Aufgabe einer Universität sein, Wissen dafür zu vermitteln und eine entsprechende Denkweise zu fördern.

Historische Entwicklungen

Schon die frühen SozialgeographInnen haben versucht durch ihre Arbeit die Politik zu beeinflussen. Dabei ist jedoch gerade im deutschsprachigen Raum zu beobachten, dass diese GeographInnen in erster Linie system- und herrschaftsstabilisierend agierten, anstatt im Sinne einer kritischen Wissenschaft die Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen. So wurde mit geographischer Forschung die Bildung von Nationalstaaten unterstützt, die Kolonisierungspolitik gefördert oder die Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis wissenschaftlich gerechtfertigt.

Nach dem 2. Weltkrieg kam es in Deutschland kaum zu einer Aufarbeitung der begangenen Fehlentwicklungen und es setzte in weiten Teilen eine generelle Distanzierung zur Politik ein und die Geographie wurde als neutral deklariert (was sie natürlich nie sein kann). Erst 1969 wurden

auf dem „Geographentag“ in Kiel die Weichen für eine Abkehr von den alten Denkmustern der Vorkriegszeit und dem so genannten Geodeterminismus gestellt. Seitdem ist durchaus ein Wandel der Denkweisen zu erkennen, aber trotzdem gibt es heute in ganz Deutschland nur noch einen Lehrstuhl für „Politische Geographie“. Stattdessen wird der Fokus immer mehr auf die Wirtschaftsgeographie gerichtet, die sich in erster Linie mit der Bestimmung von Standortvorteilen von Betrieben auseinandersetzt und Geographie-Studierende eher zu UnternehmensberaterInnen als zu kritischen WissenschaftlerInnen ausbildet. In diesem Sinne agiert die Geographie in einem neoliberalen, globalisierten Wirtschaftssystem mal wieder systemstabilisierend.

Andere Entwicklungen gab es hingegen im anglo-amerikanischen und lateinamerikanischen Raum. Hier etablierten sich Forschungsrichtungen wie die neomarxistische „Radical Geography“ oder eine feministisch geprägte „Critical Geography“. Einer der bekanntesten GeographenInnen ist dabei David Harvey, der seit den 80er Jahren als einer der meistzitierten seines Faches weltweit gilt.

Eine erste Aufgabe der „Kritischen Geographie“ (v.a. auch im deutschsprachigen Raum) ist es also die wissenschaftliche Ausrichtung und die Lehre der Geographie zu hinterfragen, herrschaftsstabilisierende Denkmuster zu durchbrechen und disziplinhistorische Fehlentwicklungen

zu analysieren und zu kritisieren.

Kritische Geographie in der Praxis

Wie kann eine „Kritische Geographie“ nun im Forschungsalltag aussehen, welche Schwerpunkte werden gesetzt und wie sind die Herangehensweisen?

Wie schon in der Einleitung angedeutet wurde, kann man bei einem so vielseitigen Fach kaum von „der Geographie“ sprechen, sondern sollte in der Mehrzahl denken und von mehreren Geographien und somit auch von mehreren kritischen Geographien ausgehen. Es gibt viele verschiedene Ansätze, die sich kritisch mit der Beziehung zwischen Mensch und Raum auseinandersetzen und in diesem Beitrag können somit auch nur einige Beispiele genannt werden.

Wenn man sich kritisch mit dem Verhältnis zwischen Mensch und Raum beschäftigen möchte, muss zunächst eine Raumkonzeption formuliert werden, die dem Anspruch der kritischen Wissenschaft gerecht wird, Machtstrukturen zu hinterfragen und gesellschaftliche Verhältnisse einzu beziehen. Dabei reicht es natürlich nicht aus, den Raum nur als statischen „Behälterraum“ oder nur als soziales Konstrukt mit vollkommen individuell handelnden AkteurInnen zu sehen. Vielmehr ist ein dialektisches Raum-Gesellschaftsverständnis notwendig, bei dem auf der einen Seite die „Räumliche Praxis“, also die materielle Existenz des Raumes berück-



Kulturen“ (1998) darstellt. Solche Konstrukte gilt es zu hinterfragen, ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft zu analysieren, sie zu dekonstruieren und Alternativen aufzuzeigen.

In der Stadtplanung kann an

sichtigt wird. Auf der anderen Seite aber auch die „Repräsentation von Raum“ als gedankliche Produktion einbezogen werden muss. Damit ist die symbolische Bedeutung von Räumen für eine Gruppe von Menschen gemeint, die natürlich immer durch gesellschaftliche Regeln und Normen bestimmt wird und sich in der historischen Entwicklung der Gesellschaft verändert hat. Daraus ergibt sich ein Raum der „gelebt“ und ständig durch menschliches Handeln verändert wird.

Auf einen so definierten geographischen Raum wirken nun Machtstrukturen ein, die den Raum materiell, zum Beispiel bei der Stadtplanung, verändern oder soziale Ausgrenzungen durch die Schaffung nicht-materieller Grenzen beeinflussen. Ein bekanntes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Konstruktion von verschiedenen unveränderbaren Kulturräumen und kulturellen Grenzen, die Samuel Huntington in seinem Buch „Kampf der

dem Beispiel „Gentrifizierung“ („Aufwertung“ von Stadtvierteln) deutlich gemacht werden, wie eine kritische Analyse im Gegensatz zu einer vermeintlich „neutralen“ Herangehensweise aussehen kann. In der herkömmlichen Analyse dieses Prozesses wird eine Abfolge von „baulicher Aufwertung“ (Restaurierung von Gebäuden), „funktionaler Aufwertung“ (neue Läden, Kneipen, Clubs etc.), „sozialer Aufwertung“ (Zuzug von reicher Bevölkerung) und „symbolischer Aufwertung“ (z.B. in den Medien) beschrieben. Dabei wird der Prozess oftmals als erwünscht dargestellt und Auseinandersetzungen mit der Verdrängung von sozial Schwachen umgangen. Es findet keine strukturelle Betrachtung statt; stattdessen werden individuelle Handlungen (der stushohen Bevölkerung) in den Vordergrund gestellt. N. Smith beschreibt in seinem Beitrag „Toward a Theory of Gentrification“ (1983) eine andere Herangehensweise, die die Profitin-

teressen der Hausbesitzer und die damit verbundene Benachteiligung der sozial Schwachen betont. Es handelt sich demnach nicht um einen gesamtgesellschaftlich gewollten Prozess, sondern um die Interessen einzelner mächtiger Akteure, die in einem kapitalistischen System durch die Aufwertung von Räumen hohe Profite erzielen können.

Diese verkürzt dargestellten Beispiele können deutlich machen, wie kritische GeographInnen in der Forschung gesellschaftliche Prozesse und Machtstrukturen einbeziehen und mit einer alternativen Raumkonzeption aktuelle gesellschaftliche Probleme analysieren können.

Geographie machen!

Wenn das Aktionsbündnis „Reclaim Tempelhof“ zu der Besetzung des Berliner Flughafens aufruft, um für Freiräume zu kämpfen oder wenn in über 20 deutschen Städten „Garden Guerillas“ die Straßenränder mit Blumen verschönern, wird Geographie gemacht. Wenn in Wien das Audimax der Universität besetzt wird, um einen Protest für ein gerechteres Bildungssystem zu organisieren und einen symbolisch wichtigen Raum für sich zu beanspruchen oder wenn das Bündnis „Media Spree versenken“ in Berlin für einen freien Zugang zur Spree eintritt, wird Geographie gemacht.

Viele soziale Bewegungen haben einen direkten oder indirekten Raum-

bezug. Dabei kann es aktiv um das Kämpfen um Freiflächen gehen oder um die Bestimmung der symbolischen Bedeutung eines Raumes. Jede soziale Bewegung braucht einen Raum, wo sie sich organisieren kann, wo eine Bewegung ins Rollen kommt. Ob es das Jugendzentrum, der Seminarraum, das Hausprojekt, die Fabrik oder die Straße ist, stets spielt der Raum eine wichtige Rolle. „Geographie machen“ bedeutet den Raum zu verändern, Grenzen zu überwinden oder umzuformulieren und Räume mit neuen Werten und Symbolen zu belegen.

Darum können kritische GeographInnen viel zu der Veränderung unserer Gesellschaft beitragen, indem Sie diese Bewegungen aktiv und wissenschaftlich unterstützen, ein Bindeglied zwischen wissenschaftlichem Diskurs und sozialen Kämpfen sind. Anstatt sich in den „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft zurückzuziehen, sollte eine „Kritische Geographie“ bei den aktiven sozialen Bewegungen und den Missständen, durch die sie entstehen, beginnen, den Weg für eine Veränderung zu bereiten, und erst bei einer besseren, gerechteren und emanzipierten Gesellschaft enden.

Was heißt Kritik der Geschichte?

André Kistner studiert an der Uni Potsdam Geschichte und Philosophie. Kontakt unter: pseudonym87@web.de

Geschichte, als wissenschaftliche Disziplin, wie wir sie kennen, ist untrennbar

mit dem Aufsteigen des Bürgertums und der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Der feudale Adel noch kannte keine von Menschen gemachte Geschichte, er kannte nur seine eigene Tradition, innerhalb einer immergleichen und harmonischen Ordnung, in der er seine Partikularinteressen verfolgte, und die er im Einverständnis mit seinesgleichen durch Dokument- und Urkundenfälschung als berechtigt zu rechtlog. Erst das Bürgertum, das sich auf keine erhabene Vergangenheit berufen konnte, begann Geschichte als Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen, und vor allem als dynamischen Prozess zu interpretieren. Die Geschichte, wie alle anderen Disziplinen des Wissens, objektiviert sich zur akribischen Wissenschaft. Aber die Wissenschaft selbst wird unter der sich Fortsetzenden Herrschaft von Menschen über Menschen zur

Ideologie: Geschichte wird dazu benutzt die gegenwärtige Herrschaftsordnung zu legitimieren. Weil wir unsere Gegenwart nur als solche kennen, wirkt Geschichte als laufe sie geradewegs auf uns zu, jedoch wird sie nicht als etwas schlechthin Lebendiges, sondern als Ding wahrgenommen, das bei dem Betrachter aufhört zu existieren. Das berühmte „Ende der Geschichte“ nach dem Untergang des Ostblocks ist ein Paradebeispiel solcher Verdinglichung, die immer die bestehende Ordnung röhmt.

So verlängerten schon die Aufklärungsphilosophen – etwa Turgot oder Condorcet – ihre eigene Gegenwart in die Vergangenheit auf der Suche nach vermeintlichen Naturgesetzen, wie etwa der Warenproduktion oder dem Tausch. Sie fallen als erste dem Kategorienfetischismus, d.h. der Verewigung historisch relativer Begriffe, anheim, den Marx im Kapital denunzierte, und womit die blutige Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus vergessen werden konnte, mit allem, was sie impliziert: den Plünderungen und Kriegen in der Frühen Neuzeit, der Sozialdisziplinierung in grausamen Arbeitszuchthäusern, dem Zwang zur abstumpfenden und eintönigen Lohnarbeit, den künstlich verursachten Hungersnöten und der wachsenden Kontrolle und Reglementierung des Lebensalltags der Menschen.

Dieser Gewalt bedurfte es nämlich, um die grundlegenden Kategorien unserer Lebensweise, wie etwa die

absurde Normalität, dass man Geld bezahlt, um elementare Lebensbedürfnisse zu befriedigen, also dass Dinge einen Wert besitzen, oder, dass man acht oder mehr Stunden am Tag arbeitet, um überleben zu können, als selbstverständlich verinnerlicht. Das hat Auswirkungen auf das offizielle Geschichtsbild des bürgerlichen Subjekts und die wertfreie Geschichtswissenschaft des Universitätsbetriebs, dessen vielbeschworene Objektivität nur der Objektivität des kapitalistischen Verhältnisses selbst geschuldet ist. Ihre unscheinbare Anhäufung von Wissen über die Geschichte wird dem qualvollen Leiden der Menschen unter der sich fortwesenden Ausbeutung der Menschen durch Menschen nicht inne und verlängert damit über das Wort das gegenwärtige Leiden und Dahinsiechen der Mehrzahl der Menschen auf der Welt, die noch heute unter dem kapitalistischen System plattgewalzt werden. Es kommt darauf an den universellen „Verblendungszusammenhang“ (Adorno) aufzudecken – die kritische Geschichte versteht sich als kleiner Beitrag zu seiner letztendlich praktischen Aufhebung!

Kritische Geschichte ist insofern vor allem Kritik der Geschichte im doppelten Sinne: Sie kritisiert zuerst die wirkliche Geschichte als Abfolge von Systemen der Ausbeutung menschlicher Arbeit und Herrschaft; sie hält sich an einen m. E. gewichtigen Satz Adornos aus seinen *Reflexionen zur Klassentheorie*: „Indem die Kritik der

politischen Ökonomie die historische Notwendigkeit aufweist, die den Kapitalismus zur Entfaltung brachte, wird sie zur Kritik der ganzen Geschichte, von deren Unabänderlichkeit die Kapitalistenklasse wie ihre Ahnherrn das Privileg herleitet.“ Zum anderen ist sie Kritik der Geschichte als Betriebswissenschaft im Wissenschaftsbetrieb, d.h. u.a. auch Ideologiekritik. Zwei kurze Beispiele hierzu: Erstens: In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Zeit der Frühindustrialisierung gab es eine Phase in Europa, die Pauperismus genannt wird – diese Phase war begleitet von einer unsäglichen Massenverelendung und Hungersnöten, weil die traditionellen feudalen Strukturen der Agrargesellschaften endgültig aufbrachen, aber das Fabrikssystem noch nicht so weit fortgeschritten war, dass es alle potentiellen Arbeitskräfte kompensieren konnte. In der Historiographie heißt deshalb die Ursache des Pauperismus „Bevölkerungsexplosion“. Es kommt den einschlägigen Historikern, nicht in den Sinn, dass dieses „Überangebot“ an Arbeitskraft maßgeblich durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wurde, und dass dieses System von Anfang an nicht darauf ausgelegt war, allen Menschen ein bekömmliches Leben zu ermöglichen. Stattdessen werden die Grundlagen kapitalistischer Produktion als apriori, natürlich und ahistorisch vorausgesetzt. Das sollte uns zu bedenken geben, wenn auch heutzutage wieder von „Überbevölkerung“ die Rede ist,

die in letzter Konsequenz das Wegsterben, ja die Ausrottung sog. „Überflüssiger“ toleriert.

Das zweite Beispiel betrifft den Aspekt der Geschichtspolitik: Ohne Frage ist das dreisteste, was die bundesrepublikanische Geschichte zu bieten hat, der Fischer-Coup: Stellvertretend für die geläuterte deutsche Bevölkerung werden aus Auschwitz „Lehren“ gezogen und die Nation als bereit für den Angriffskrieg im Kosovo befunden.

Geschichte ist somit auch ein perfides Instrument der politischen Klasse, dem es sich lautstark zu widersetzen gilt. Unzählige Beispiele der Einflussnahme auf den Historikerbetrieb ließen sich anfügen, sei es, dass Unternehmen eine weiße Weste während des

Nationalsozialismus sich bescheinigen lassen, sei es, wenn Festredner mit unausgesprochenen Nebensätzen lange Traditionen bekunden, die fragwürdig wären.

Die Vergegenwärtigung der Geschichte wirft Fragen auf: Wie etwa ist Geschichte erkennbar, ohne dass sie einerseits einem Quellenpositivismus, d.h. bloßer Faktenhuberei anheimfällt oder andererseits alles nach der „großen Theorie“ dogmatisch

zurechtbiegt? Können wir überhaupt die Lebensweise anderer, vergangener Kulturen rekonstruieren oder projizieren wir in sie bloß unsere eigene gesellschaftliche Lebensweise? Wie sind Subjekt und Objekt in der Geschichte miteinander vermittelt? D.h. wie viel Gestaltungskraft hat menschliches Handeln innerhalb eines objektiven gesellschaftlichen Prozesses? Wenn wir Produkte der Geschichte sind und

die Vergangenheit auf uns lastet wie ein Alpdruck, wie Marx es sagte, wie können wir uns dann ihrer entledigen und das Andere wagen? Hat unser Wissen Konsequenzen? Wenn ja, praktische? Geschichte kann sowohl ein Wissen zur Selbsterkenntnis als auch zum Selbstbetrug sein. Betrug ist sie dann, wenn man glaubt ihr bloß zuzuschauen, während man sich ohnmächtig in ihr bewegt.



Paul Klee

„Kritische Orientalistik“? Zwischen post-kolonialem Emanzipationsanspruch und machtpolitischer Ver- wertungslgik

I. Einführung

Für viele Außenstehende ist die Orientalistik ein Orchideenfach, dessen Studium vornehmlich der Völkerverständigung und des interreligiösen und interkulturellen Dialogs dient. Im folgenden Essay soll aber gezeigt

werden, dass die Geschichte der Orientalistik wie kaum eine andere Disziplin mit kolonialen und neo-imperialistischen Projekten verwoben ist. Unter Orientalistik werden im Folgenden alle Disziplinen subsumiert, die sich

mit arabischer, türkischer und persischer Sprache, Geschichte, Kultur und Politik der MENA-Region¹ sowie der Religion des Islams auseinandersetzen. Dabei schlagen sich unterschiedliche Schwerpunkte der Disziplin in unterschiedliche Bezeichnungen nieder: 1 MENA steht für Middle East & North Africa.

Mohamed Boukayeo studiert in Leipzig Politikwissenschaft/Arabistik und ist auch dort bei DieLinke.SDS aktiv. Kontakt unter: MohamedBoukayeo@gmail.com
Almut Woller studiert in Leipzig Arabistik/Medien- und Kommunikationswissenschaft und ist auch dort bei DieLinke.SDS aktiv. Kontakt unter: almutwoller@gmail.com

Je nach Universität trägt die Disziplin die Namen Islamwissenschaft, Arabistik, Orientalistik oder auch das englische Near/ Middle Eastern Studies. Nach den formalen Kriterien der deutschen Universität zählt die Orientalistik zu den sogenannten kleinen Fächern; ihrem Gegenstand nach ist sie jedoch eines der größten Fächer: Der geographische Rahmen erstreckt sich von der Atlantikküste Nordafrikas über die Arabische Halbinsel, Südosteuropa und die Türkei, Iran, Mittel- und Zentralasien bis nach Indonesien. Der inhaltliche Rahmen umspannt Religion, Geschichte, Sprachen und Literatur ebenso wie Recht, Philosophie, Kunst, Gesellschaft, Wirtschaft und historische

Landeskunde. Auch das heutige Leben von Muslimen in der islamischen Welt und der Diaspora (besonders in Europa) kann Bestandteil eines Orientalistik-Studiums sein.

Die thematische Breite der Disziplin bringt es zwangsläufig mit sich, dass die Orientalistik keine charakteristische Methode aufweist. Stattdessen greift sie, je nach Gegenstand oder Spezialisierung, auf die Methoden der jeweiligen Fachdisziplin zurück. Was die Orientalistik bzw. die Islamwissenschaft im engeren Sinne nach Meinung vieler

Fachvertreter zusammenhält ist ihr Gegenstand: die Art und Weise, wie die islamische Religion und Kultur sich innerhalb bestimmter Gesellschaften ausprägt und nicht nur Glauben und religiöse Praxis der Muslime bestimmt, sondern auch auf ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse einwirkt. Hinter dieser einfachen Formulierung verbergen sich grundlegende epistemologische und methodische Fragen, die Ende der siebziger Jahre in der Orientalismus-Debatte² verhandelt wurden und bis heute die Disziplin heftig bewegen: Kann man denn vom Islam als einer einheitlichen und einigenden Größe sprechen, die Muslime über Zeit und Raum hinweg, d.h. vom 7. Jahrhundert bis heute und von Tanger bis Jakarta, von Jidda bis Berlin, in einer bestimmten fassbaren Weise prägt?³ Wenn dem aber nicht so ist, „der Islam“ sich vielmehr, wie dies von anderen Religionen und Kulturen auch angenommen wird, zeit- und ortsspezifisch je unterschiedlich ausprägt – wo liegt dann das Entscheidende, das eine bestimmte Gesellschaft oder ein bestimmtes Phänomen „islamisch“ macht? Diese Fragen sind nicht rein akademischer Natur: Ihre politische Relevanz und Brisanz ist in den jüngsten Debatten

2 Im Folgenden bezeichnet Orientalistik die akademische Disziplin, Orientalismus aber den Diskurs dieser Disziplin, dessen wichtigste Säule die Konstruktion einer binären Opposition zwischen „Orient“ und „Okzident“ ist.

3 Diese Überzeugung teilen orientalistische Autoren mit islamischen „Fundamentalisten“.

um einen „Zusammenprall der Zivilisationen“ deutlich hervorgetreten, in denen der Islam eine zentrale Rolle als Gegenspieler der westlichen Zivilisation zu spielen hat.⁴

Im Folgenden wird der Versuch unternommen die historische Rolle der Orientalistik bei der Durchsetzung von politischen Interessen der westlichen Gesellschaften kritisch zu beleuchten. Dieser Versuch muss in einem kurzen Essay notwendigerweise fragmentarisch bleiben. Dazu wird im zweiten Kapitel eine kurze Einführung in die Orientalismus-Debatte und ihrer potenziellen Auswirkungen auf die Forschungspraxis in der Orientalistik gegeben. Anschließend folgen Beispiele, die die historische Rolle der Orientalistik bei der kolonialen Expansion skizzieren. Im vierten Teil schließen sich konkrete Beispiele aus dem Studienalltag, die die Nähe der Orientalistik zum Herrschaftsapparat problematisieren an. Schließlich folgt im letzten Kapitel ein Plädoyer für eine emanzipatorische Orientalistik. Unser Schwerpunkt bei den diskutierten Beispielen liegt auf den Nexus von Wissen und Macht.

II. Orientalismus als hegemonialer Diskurs – Die post-koloniale Kritik

Die historisch nachhaltigste Leistung der Orientalistik war die wissenschaftliche Legitimation eines ganzen

4 Siehe Huntington 1993 & 1996.

Herrschaftsdiskurses. Der Literaturwissenschaftler Edward Said hat in seinem bahnbrechendem Werk *Orientalism* eindrucksvoll nachgezeichnet, wie in Europa Wissenschaften, Malerei, Musik und Literatur ein gewaltiges Bild des Orients erzeugt und kultiviert haben. Von erotischen Darstellungen der servilen orientalischen Haremsdame über die Idylle ziehender Karawanen bis zur Blutrünstigkeit orientalischer Herrscher hat die europäische Kultur fortdauernde Stereotypen über den Orient und die Orientalen erzeugt. Laut Said sind die Hauptsäulen des Orientalismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts (Frankreich) bis zur Gegenwart (USA) unverändert geblieben. Der Orientalismus als hegemonialer Diskurs bezeichnet die Form einer „kulturellen Führung“: Für die Herstellung stabiler Herrschaftsverhältnisse spielt die Kohärenz zwischen der Alltagskultur und der Ideologie der herrschenden Gruppe/n eine zentrale Rolle. Dabei greifen Intellektuelle vorhandene, widersprüchliche diskursive Elemente auf, modifizieren und transformieren diese im Sinne der Schaffung einer konsensualen Zustimmung.

Die inhaltlich wichtigste Säule der kulturellen Führung Europas war (ist?) eine ontologische Unterscheidung zwischen „Orient“ und „Okzident“: Orientalismus ist eine spezifisch europäisch (westliche) Art des Denkens, das in essentialistischen Kategorien zwischen dem „Westen“

oder der „westlichen (abendländischen) Zivilisation“ oder einfach, „uns“, und einer Konstruktion des „Anderen“ unterschied, das unter der Kategorie „Orient“ zusammengefasst wurde. Darüber hinaus ist der Diskurs des Orientalismus von der Überlegenheit der „europäischen Identität“ überzeugt. Die kulturelle und wissenschaftliche Repräsentation des Anderen stellte Said in den Kontext politischer Herrschaft, vornehmlich in den Zusammenhang von Kolonialismus.⁵ Zwar war das europäische und amerikanische Interesse im Orient politisch und ökonomisch. Es war allerdings die Kultur, die das Interesse erregte, das dynamisch auf politische, wirtschaftliche und militärische Prinzipien wirkte. Der Orientalismus antwortete also der Kultur, die ihn produzierte: Er lieh Gedanken und Doktrinen aus, welche die Kultur beherrschten und transformierte sie in einen kohärenten Diskurs. Damit hatte der Orientalismus sowohl eine innere Konsistenz als auch artikulierte Beziehungen zur dominanten Kultur. „Eine Hegemonie oder eher das Ergebnis kultureller Hegemonie ist es, die dem Orientalismus [seiner] Dauerhaftigkeit und Stärke verlieh“ (Said 1982: 14). Der Wille zur Macht scheint im Orientalismus immer wieder durch, wird aber von

⁵ Die Bedeutung der Thesen von Said für Deutschland wurde kontrovers diskutiert, vor allem mit Hinweis darauf, dass Deutschland keine bedeutende koloniale Vergangenheit, zumal nicht in islamisch-orientalischen Ländern, habe. Siehe dazu kritisch Steyerl/Gutiérrez Rodríguez 2003.

seinen Vertretern nicht immer explizit thematisiert.

Die Orientalismus-Kritik von Said bietet das theoretische Rüstzeug, um Positionen zu reflektieren, die versteckt hinter der Maskerade von Wissenschaft oder Expertise essenzielistisches und monolithisches Denken befördern. Als Alternative zur westlichen Mainstream-Wissenschaft über den Orient ermutigt uns die Kritik dem „Anderen“ zuzuhören und Verantwortung in unserer sozialen und politischen Welt zu übernehmen (speaking truth to power). Darüber hinaus öffnet sie uns die Tür für eine Humanisierung von Menschengruppen, die in Folge von asymmetrischen Machtbeziehungen vom Orientalismus enthumanisiert wurden. Als ökonomische Macht kontrollieren die westlichen Staaten auch die weltweite Wissensproduktion, die die „Anderen“⁶ zum Schweigen bringt. Insofern können wir von der Orien-

6 Freilich diene und dient der Herrschaftsdiskurs nicht allein der wissenschaftlichen Legitimation direkter militärischer Interventionen nach außen. Gerade bei der zeitgenössischen „Islam-Debatte“ lässt sich die innenpolitische Funktion sehr gut nachvollziehen: Antimuslimischer Rassismus wird zunehmend zur vorherrschenden Integrationsideologie, bei der ideologische, politische und vor allem wirtschaftliche Interessenkonflikte zu Gunsten einer Einheitsfront gegen den Islam in den Hintergrund treten. So marschieren rechtsbürgerliche Kräfte, Feministinnen, anti-linke Deutsche und Rechtsextreme beispielsweise gemeinsam gegen Moscheebauprojekte; für eine theoretische Einführung siehe Attia 2009.

talismus-Kritik als Herausforderung einer epistemologischen Kolonisierung sprechen.

III. Orientalistik als Herrschaftswissenschaft – Historische Beispiele während der kolonialen Expansion

Im Jahr 1798 marschierte Napoleon Bonaparte in Ägypten ein. Neben einer modernen Armee wurde er von zahlreichen Gelehrten, Ingenieuren und Künstlern begleitet. Darunter war auch eine große Delegation aus Orientalisten, welche die Kultur, Sprache und Religion der islamischen Welt studiert hatten. Nach der militärischen Unterwerfung Ägyptens wurde im selben Jahr in Kairo mit dem Institut d'Égypte eine wissenschaftliche Einrichtung gegründet, dessen Aufgabe die Erforschung Ägyptens war. Die Ergebnisse der Expedition wurden in einer mehrbändigen Sammlung dokumentiert, die den Grundstein für die spätere Ägyptologie legte. Historisch war diese Invasion ein epochaler Einschnitt, der wie kaum ein anderes Ereignis das Zusammenwirken von materieller und kultureller Kolonisierung dokumentiert. Zwar hat es militärische Auseinandersetzungen zwischen europäischen und arabisch-islamischen Ländern auch vor 1798 gegeben, allerdings leitete diese Invasion eine qualitativ neue Phase imperialistischer Besetzung ein, die formell bis in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts

andauern sollte.

Nachdem Alexandria in Schutt und Asche gebombt wurde, schlug am 14. Juli 1798 die Stunde der Orientalisten. In einer von ihnen verfassten Erklärung heißt es auf Arabisch:

„Im Namen Gottes, des barmherzigen Erbarmers! Es gibt keinen Gott außer Gott; Er hat keinen Sohn und keinen Gefährten in seiner Herrschaft! Von Seiten Frankreichs, das auf der Freiheit und der Gleichheit beruht, tut der Oberbefehlshaber, Kommandant der französischen Heere, Bonaparte, allen Bewohnern Ägyptens kund, daß die Sangaqs, die über das Land Ägypten herrschen, die Rechte der französischen Nation mißachtet und geschädigt und ihren Händlern durch alle Art Schikanen und Feindseligkeiten Unrecht getan haben. Nun ist die Stunde der Bestrafung gekommen. [...] Alles Wohl und Heil wird den Ägyptern geschehen, die uns ohne Verzögerung zustimmen. [...] Doch Weh über Weheleid steht jenen bevor, die die Mamluken im Krieg gegen uns unterstützen; sie werden später keinen Ausweg zur Rettung mehr finden, und keine Spur von ihnen wird übrigbleiben!“ (Al Gabarti 1983: 86).

Das war der Startpunkt einer Disziplin, die seitdem auf unterschiedlicher Weise im Dienste des Herrschaftsapparats steht. Das Aufblühen der Orientalistik in Frankreich, Großbritannien und Deutschland – ebenso wie

die Middle Eastern Studies nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA – war konsequenter Ausdruck des westlichen Herrschaftswillens über den Orient. Die Rolle der Wissenschaftler war zentral für das Gelingen kolonialer bzw. neo-imperialistischer Projekte. Erst das Wissen, welches sie über die arabische Sprache und die einzelnen Länder produzierten, versetzte die Besatzer in die Lage, Herrschaft zu organisieren und zu etablieren.

Die erwähnten Beispiele machen deutlich, dass die Orientalistik in unterschiedlichen Epochen je unterschiedliche Beiträge – direkt oder indirekt – geleistet hat, um den „Orient“ zu unterwerfen. Diese reichten vom konzeptionellen Nationalismus⁷ (semitische versus germanische Sprachen => semitische versus germanische Psyche), der auf theoretischer Ebene eine Andersheit und Minderwertigkeit des „Orients“ essenzialisierte und naturalisierte bis zur praktischen Anwendung des Wissens jener Orientalisten, die im Namen ihres Befehlshabers arabische Reden verfassten, die Napoleon vor der ägyptischen Bevölkerung Alexandrias als „Retter der islamischen Umma“ glorifizierten und die Invasion begrifflich als Expedition und Entdeckung verschleierte. Allerdings muss man nicht in die Kolonialzeit zurückkehren, um auf die Rolle der Orientalistik bei der Durchsetzung von politischen

⁷ Zum Begriff des konzeptionellen Nationalismus siehe Conrad/Randeria 2002

Interessen und der Reproduktion des Status Quo aufmerksam zu machen. Einige Beispiele aus dem Studienalltag sollen das hervorheben.

IV. Orientalistik in der Praxis – Beispiele aus dem Studienalltag

In den letzten Jahren haben wenige Disziplinen solch einen bemerkenswerten Aufschwung, ja einen regelrechten Boom erlebt wie die Orientalistik. Den Startschuss gab der 11. September 2001, wonach der Islam in den Blickpunkt – und in das Fadenkreuz – des öffentlichen Interesses geriet. Die Zahl der Studienanfänger hat sich an vielen Universitäten verdoppelt und an der FU gab es vorübergehend einen NC von 1,9. Nur eine Minderheit hält jedoch bis zum Ende durch; denn es stellt sich meist schnell heraus, dass Arabisch eben nicht Spanisch ist und dass es für viele ein weiter Weg ist, bis sie die mittelalterliche islamische Philosophie zu schätzen und zu lieben lernen.

Wie alle anderen Studiengänge, ist auch die Orientalistik nicht losgelöst vom Druck der Verwertung.⁸ Sie wird sich im Kontext von Mittelstreichungen für Universitäten und sogenannte Orchideenfächer zunehmend fragen lassen müssen: Produziert sie nützliche Erkenntnisse im Sinne von verwertbarem Wissen mit konkretem Praxisbezug? Die Mittelstreichungen

⁸ Siehe dazu auch den einführenden Artikel in diesem Band.

und der Verwertungsdruck führen zwangsläufig zur Herausbildung einer Disziplin, die man in Anlehnung an die Politikwissenschaft als *Orientalistik als Fürstenberatung* charakterisieren könnte.

Beispiele aus dem Studienalltag bestätigen diese Diagnose: Im Rahmen der sogenannten UNIFIL-Mission nahmen DozentInnen für ein oder zwei Semester am Bundeswehreinsetzung vor der libanesischen Küste teil. Parallelen tun sich auf: Das Auswerten der arabischsprachigen Berichterstattung gehörte ebenso dazu wie die Unterbringung der Soldaten in die Kultur der arabisch-islamischen Welt. In einem anderen Fall finanzierte das Institut einen weiterbildenden Sprachkurs für ein Mitglied des Lehrpersonals, um dieses auf die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in Afghanistan vorzubereiten. Im Rahmen einer Kooperation zwischen einem Institut und Saudi-Arabien wurden StudentInnen konkret angeheuert, um mit ihren Sprachkenntnissen als Vermittler zwischen deutschen Ingenieuren und der saudischen Polizei beim Bau eines gewaltigen Grenzzauns zu dienen. Der Zaun soll die Flüchtlingsströme aus benachbarten Ländern aufhalten.

All dies sind Entwicklungen, die zu tiefst besorgniserregend sind. Leider müssen wir davon ausgehen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist. Laut Bundesregierung beträgt der stets wachsende Etat für sogenannte

bundeswehrrelevante Forschung für das Jahr 2008 1,1 Milliarden Euro; 2007 legte die EU das Programm „Forschung für zivile Sicherheit“ auf, an dem sich auch das Bildungsministerium der BRD mit eigenen Programmen beteiligt. Konkret stehen 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung und das BMF legt noch einmal 123 Millionen Euro drauf. Je mehr an den Universitäten gekürzt wird, desto mehr muss auch die Orientalistik auf Drittmittel zurückgreifen. Wenn Arbeitsplätze und der Erhalt des Instituts davon abhängen – wird sie auf diese Mittel verzichten?

V. Orientalistik als hegemoniekritische Intervention: Ein Plädoyer

Die größte Herausforderung für kritische Wissenschaftler in den Orientalistik-Disziplinen wird es in Zukunft sein, neben der dekonstruktivistischen Kritik essenzialisierender Orientalismen, ein alternatives emanzipatorisches Forschungsprogramm zu entwickeln, das konkret auf die politische Praxis zielt. Aufgrund der Größe der Disziplin wäre der Versuch eine allgemeine Alternative zu formulieren vermessen. Dennoch sollen einige Grundgedanken skizziert werden, wie eine Auseinandersetzung mit aktuellen Phänomenen aus der MENA-Region erfolgen könnte.

Ausgangspunkt einer sich als kritisch-

emanzipatorisch verstehenden Wissenschaft muss die kritische Reflexion der eigenen Subjektposition als Wissenschaftler im Forschungsprozess, die Produktionsbedingungen von Wissenschaft sowie ihre Einbettung im jeweils bestehenden Herrschaftssystem sein. Dabei muss die Analyse der materiellen Verhältnisse im Zentrum stehen: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht“ (Marx/Engels 1969: 46). Allerdings darf der materielle Aspekt nicht zu einem absoluten Erklärungsanspruch universalisiert und zu einer Letztbegründung reifiziert werden. Aus der Kritik am Ökonomismus des Basis-Überbau-Konzepts des Marxismus haben sich in Anlehnung an Gramscis Hegemonie-Konzept und inspiriert durch die Arbeiten Foucaults⁹ Forschungsansätze herausgebildet, die genau diesen Universalismus zu Gunsten einer stärkeren Berücksichtigung von *Diskursen* fallen lassen.¹⁰ Daraus folgt für uns, dass sowohl materielle als auch kulturelle (u.a. epistemologische) Dominanzverhältnisse thematisiert werden müssen.

⁹ Siehe insbesondere Foucault 1981.

¹⁰ Dies brachte den post-kolonialen Theoretikern wiederum den Vorwurf der Vernachlässigung von materiellen Dominanzverhältnissen ein; siehe Dirlík 1994.

Konkret hieße das: eine Orientalistik als vergleichende Kultur- und Sozialwissenschaft, die im Rahmen von Politische Ökonomie-Ansätzen auch materielle Dominanzverhältnisse, die sich aber explizit auf die Erfahrungen der MENA-Region konzentrieren, stärker thematisiert. Dabei müssen sich kritische Ansätze explizit in Abgrenzung zu eurozentristischen Ansätzen und dem konzeptionellen Nationalismus der Sozialwissenschaften positionieren. Im deutschsprachigen Raum stecken diese Versuche noch in den Kinderschuhen. Eine wichtige Säule dieses Ansatzes wäre die Generierung von Wissen in Zusammenarbeit mit jenen subalternen Gruppen¹¹, die für emanzipatorische Wissenschaftler im Zentrum stehen, im globalen Süden also: Bauern, Arbeiter, Flüchtlinge, Migranten, Analphabeten, Frauen etc.

Epistemologisch geht dieser Vorschlag davon aus, dass 1) Wissen in der menschlichen Kommunikation generiert werden kann, weshalb die bisher aus der Wissensproduktion Ausgeschlossenen ins Zentrum der Analyse rücken müssen und 2) dass diese subalternen Gruppen eine privilegierte Erkenntnisfähigkeit gegenüber dem Wissenschaftler haben können.¹² Dies erfordert eine grundsätzliche Skepsis

gegenüber Letztbegründungen¹³, unabhängig davon ob diese im marxistischen oder empirizistischen Gewand daherkommen. In Saids Worten: „Ich habe gelernt und versuchte dies darzustellen, daß es nichts gibt, was lediglich gegeben oder ein einfach erhältlicher Ausgangspunkt ist. Anfänge müssen für jedes Projekt gemacht werden, auf eine solche Weise, daß das folgende daraus *ermöglicht wird*“ (Said 1981: 24).¹⁴ Ein solcher Ansatz hätte das Potenzial aus den Forschungsobjekten Mitmenschen und potenzielle Quellen für Erkenntnisse zu machen, die nicht zu generieren wären, solange die Mitmenschen im Status des „Forschungsobjekts“ gehalten werden!

Der Text ist inklusive Literaturverzeichnis online auf der Homepage der AG zu finden: www.kritik-an-die-uni.de.

11 Zum Begriff der *Subalterne* siehe Spivak 1988; zum Entstehungshintergrund des Subaltern Studies Collective siehe Chakrabarty 2000.

12 Siehe dazu Haraway 1988.

13 Zur Kritik von Letztbegründungen siehe Scott 1991, Butler 1992 & Yeatman 1994.

14 Den strategischen Einsatz von Letztbegründungen zur Durchsetzung wissenschaftlich-politischer Ziele schließt dieser Vorschlag allerdings nicht notwendigerweise aus.

Architekten einer optimalen Gesellschaft

Kaum eine Disziplin hat unsere Welt so stark verändert wie die Naturwissenschaften. Der technische Fortschritt formte die ökonomischen und ökologischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Davon unbeeinflusst blieben weder Wertevorstellungen noch Sinnggebung der Kulturkreise in West und Ost. Zugespißt formuliert, haben die Einschläge der ersten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki zu einer Umformung und Entkernung des kulturellen Selbstverständnisses Ostasiens geführt und eine Neuausrichtung an westlichen Leitbildern geradezu unumgänglich erscheinen lassen.

Die Frage nach Bedeutung und Einfluss der Wissenschaft bleibt also nicht auf das "Labor" beschränkt. Befasst sich die Soziologie mit gesamtgesellschaftlichen Phänomenen, so macht auch die von uns betrachtete Forschung nur dann Sinn, wenn sie zur Anwendung gelangt. Aber an welchen normativen Grundlagen wollen wir uns dabei orientieren? Zielt Wissenschaft in ihrer technologischen Umsetzung darauf, eine menschenwürdige und keine rein funktionale Welt zu schaffen, muss diese not-

wendig von ethischen Grundsätzen geleitet sein. Aber wie werden diese Grundlagen ob ihrer gesellschaftlichen Verflechtung bestimmt?

Um dieser Frage näher zu kommen, wird eine häufige Schneidung der Kategoriengrenzen zwischen Politik, Naturwissenschaft und Technik unumgänglich, denn letztere Ressorts dienen als Ausgangspunkte unserer Betrachtung. Angesichts des im Vorfeld gespannten Bogens, legen wir unser Augenmerk jedoch lediglich auf den öffentlichen Diskurs an der

Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft. Einige Schlaglichter sollen diesen an wenigen

Stellen beleuchten und häufige Argumente solcher Debatten hinterfragen. Es sei beispielhaft dargeboten, wie Technologie im Spannungsfeld der Suche nach normativen Grundlagen, sei es Moral oder ökonomischer Zweckbestimmung, sich darstellen kann.

Als exemplarisch für die Auseinandersetzungen soll die Energietechnik herangezogen werden. Prämissen, die sich auch in ähnlichen öffentlichen Diskursen erstaunlich oft diagnostizieren lassen, werden betont. Kern der These ist, dass die Lager von Befürwortern und Gegnern nicht zwangsläufig mit den Gruppen von Fachschaft und Laienschaft deckungs-

Kolja Sacharow ist Promotionsstudent für Elektrotechnik an der TU Berlin. Kontakt unter: Kolja.Sacharow@gmx.de

gleich sind, und dass beide Parteien ihre als objektiv wahrgenommenen Prämissen der Diskussion unbewusst unterschieden. Ein Beispiel:

Unser derzeitiger Vizekanzler Guido Westerwelle spricht sich für eine "rationale Energiepolitik" aus, welche die Kernkraft inkognito beinhaltet. Kehrt er damit heraus, dass der Einsatz von Kernkraft (auch angesichts der akuten CO₂-Problematik) "rational" oder vernünftig sei, so treffen wir auf die Frage: Was ist denn der Pfeiler einer eigens "rationalen" Energiepolitik? Nun, dass eben die rein berechnende Beurteilung einer affektiven, bzw. gefühlsbetonten Diskursweise überlegen, oder zumindest vorzuziehen sei. Subtiler noch, dass dies keiner weiteren Begründung bedarf, sondern die vernünftige Entscheidung für sich spreche.

Diese Haltung findet sich im Themenkreis der Energiepolitik häufig. So unter anderem während der alljährlichen Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) 2009 in Hamburg. Den Hauptvortrag des Arbeitskreises Kernenergie, mit dem schlichten Titel "Renaissance der Kerntechnik", bestritt Dipl.-Ing. Joachim U. Knebel vom Forschungszentrum Karlsruhe (heute KIT). Angepriesen wurde die internationale Initiative "Generation IV" zur Entwicklung der vierten Generation von Kernreaktoren. Speziell wurde jedoch auf die "Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland" eingegangen.

Die Beiträge der abschließenden Dis-

kussionsrunde verwiesen überwiegend auf die Entsorgungproblematik. Meine Einwände hingegen zielten auf die Frage, ob unsere Gesellschaft überhaupt von einer Energieform abhängig sein will, die das Potential besitzt, unsere Umwelt, Städte, Gemeinden und das zwischenmenschliche Leben in katastrophalem Ausmaße zu schädigen. Knebel entgegnete mit einem spitzbübischen Lächeln: "Sie argumentieren sehr menschlich; ich respektiere das", womit dieser sich einen zweifelhaften Applaus verdiente. "Man muss das aber ganz rational betrachten", so Knebel weiter.

Auch hier wird die Prämisse des Vorrechts und der Überlegenheit einer rationalen Betrachtungsweise, welche keiner weiteren Begründung bedürftig, unter geschoben. Diese Haltung setzt sich in Politik und Medien ebenfalls fort. Das Beispiel Westerwelle ist nur eines, wobei auch hier die rationale und wirtschaftliche Energiepolitik geradezu synonym erscheinen. Beängstigender hingegen ist die Ansicht, dass "menschliche" Argumente, ja die Gemüthaltung der eigenen Bevölkerung, angesichts der schier endlosen Sicherheitsdebatten und Vorfälle, kaum Gewicht besäßen und nur einen untergeordneten Beitrag zur Debatte leisteten.

Ein fulminanteres Exempel liefert Ulrich Waas' Buch "Kernenergie - ein Votum für Vernunft", erschienen 1981 bei dtv in der 3. Auflage. Schreibt dieser zunächst ausgiebig über "Hindernisse für eine Verständigung"

zwischen Fachleuten und Bevölkerung, "psychologischen Problemen" und der "Einstellung zur Technik", mündet das Buch bald in eine insgesamt 300-seitige, wissenschaftliche Verharmlosung von Kernenergie, Radioaktivität und nuklearen Abfällen. Die Sicherheit von Endlagern wird gepriesen, als sei diese eine fünfte Naturkraft. Trotz breit gefächerter soziologischer, psychologischer und philosophischer Kapitel, mit Namen wie "Kernkraft und Freiheit", überwiegt auch hier letztlich die Vernunft und mit ihr die Einsicht, "die Entscheidung über den Einsatz der Kernkraft sei am "Energiebedarf in den nächsten Jahrzehnten" zu orientieren. Oder vielleicht doch an der

Aktienmehrheit der Kraftwerk Union AG Erlangen, zu der Waas 1975 nach seinem Physikstudium an der TU Berlin ging?

Das kontroverse an diesem Buch ist, dass die gesamten Kapitel "Ansätze zur Zusammenarbeit" und "Schritte zum Gespräch", uneingeschränkt Teil

vorliegender Broschüre sein könnten. Diese artikulieren nicht nur unsere Ansprüche an Wissenschaftler, dass diese sich ihrer gesellschaftlichen

Verantwortung Bewusst sein sollen, sondern unterstreichen auch die hier adressierte These, dass sich nämlich beide Seiten einen "Anspruch auf generelle moralische Überlegenheit gegenüber der anderen Seite" im Diskurs vorweg nehmen. Waas spricht jedoch nicht von einer rationalen Überlegenheit im Kontrast zu einer moralischen, sondern zitiert Carl Friedrich von Weizsäcker: "Eben einerseits die Technokraten, andererseits die kritische Gegenkultur der Jugend. Die einen üben die Askese des Leistungsethos, die anderen sind motiviert von einer Suche nach einem neuen Leben..."

Waas gibt den besonnenen Wissenschaftler, aber erweckt zugleich den



Joseph Beuys

Eindruck, die Naturwissenschaft leite die Prämissen, nach denen der Gesellschaft am besten gedient sei, aus sich selbst ab. Doch der Blick ihres kri-

tischen Auges wird erst durch bereits bestehende gemeinschaftliche Prämissen geschärft, welche in einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe selbst zur Debatte stehen und geformt werden. Der Ingenieur ist nicht der Architekt einer optimalen Gesellschaft, hat aber Anteil an dieser Aufgabe, nämlich als Souverän im demokratischen Prozess. Auch das schreibt Waas: "Techniker müssen einsehen, dass technische Entwicklung nicht in einem politischen Freiraum stattfindet [...] wenn es sich nicht um schweigende, sondern um bewußte, sich artikulierende Mehrheiten handeln soll." Kurz darauf aber, dass ein Wissenschaftler sich dennoch um eine "möglichst objektive, von individuellen Wertvorstellungen weitgehend unabhängige Meinungsbildung bemühen sollte" und schiebt relativierend Weizsäcker nach: "Es wäre eine selbstbetrügerische Ideologie zu meinen, angewandte Forschung solle den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern nur wertfreie Sachaussagen zu Verfügung stellen." Einen ähnlichen Schluss gestattet die Antwort Gerhard Ertls, Nobelpreisträger für Chemie 2007, auf die Frage, woran sich der Erfolg eines Wissenschaftlers festmache. Ertl meint, es käme nicht so sehr darauf an, ob dieser viel oder wenig arbeite, sondern ob er die richtigen Fragen stelle. Ist Forschung deshalb notwendig zweckbestimmt? Obschon z.B. dem revolutionären Erfolg von Max Plancks Quantentheorie tatsächlich

eine Auftragsarbeit von Osram zur Verbesserung der Lichtausbeute von Glühlampen vorherging, war diese Entdeckung keineswegs erwartet. Aber betrachtet man z.B. die enorme internationale Koordination in der Fusionsforschung, die sich insbesondere als sicheren und weitestgehend sauberen Ersatz der Kerntechnik rechtfertigt, zeigt sich, wie die individuelle oder kollektive, wissenschaftliche Entscheidung bereits durch die Gemeinschaft, der die Individuen angehören, präformiert ist. Aber was sind dann die richtigen Fragen?

Die Richtung, an der sich Wissenschaft und Technik orientieren sollen, wird sehr lebendig diskutiert. Manche glauben sogar, diese als offensichtlich "erkannt" zu haben. Aber wenn ein Kompromiss zwischen Risiko, Lebensstandard und Menschenwürde gefunden werden soll, ist der Ausgang des Diskurses sicher nicht offensichtlich. Und dieser Diskurs funktioniert nicht, wenn sich konkurrierende Lager Überlegenheiten herausnehmen oder ideologisch unverrückbare Schranken ziehen. Es schadet, wenn sich Fürsprecher diverser Technologien sich rational-denken als "Totschlag-Argument" gegenüber Kritikern heraus nehmen, die menschlich oder moralisch argumentieren. Es schadet, wenn ratiophobe Technik-Gegner monokausale Lösungen propagieren und Wissenschaft als die Mutter allen Bösen hinstellen. Wer z.B. die Kernfusion diffamiert, weil sie die Silbe "Kern-" im Namen trägt, ist nicht kri-

tisch sondern ideologisch verblindet. Wer nur rationalisiert, lässt die Moral außen vor. Und der Diskurs wird ebenso verzerrt, wenn sich unter einem "rationalen" Deckmantel rein ökonomische Momente verbergen.

Welchen Ansprüchen Wissenschaft und Technik auch immer genügen sollen, wir brauchen dazu einen sehr pluralen Diskurs, denn selbstkritische Parteien sind zwar wünschenswert, aber kaum die Regel. Wir blicken nicht nur auf eine Kultur von Dichtern und Denker zurück, sondern auch auf eine von Wahrheitssuchern. Dazu gehören Persönlichkeiten wie Albert Einstein und Andrei Dmitrijewitsch Sacharow ebenso, wie Fritz Haber und Clara Immerwahr. Doch wodurch könnte man Wahrheit ersetzen? Durch Würde? Das funktioniert nicht für die Naturwissenschaften! Durch Nutzen? Das wäre die kapitalistische Lösung! Durch Möglichkeiten? Das wäre die technische!

Kritische Psychologie

Die (bürgerliche) Psychologie versteht sich selbst als die Wissenschaft vom Erleben, Verhalten und Bewusstsein des Menschen, welche diese psychischen Phänomene beschreiben, erklären und vorhersagen will. Interessant ist aber auch, dass schon hier gesagt wird, dass menschliches Verhalten gegebenenfalls auch kontrolliert werden soll. Klassisch ist die Psychologie an deutschen Universitäten aufgeteilt in einzelne Fachdisziplinen wie Allgemeine Psychologie, Entwicklungspsychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie und Klinische Psychologie.

Das Studium selbst ist letztendlich eine Abfolge von Theorien, Modellen und Studien, wobei ein starker Fokus auf methodischem Vorgehen liegt. Die jeweils eigenen Voraussetzungen und Prämissen der einzelnen Studien und Modelle werden eher wenig reflektiert.

Im Rahmen der 68er Bewegung und der aufkommenden Studierendenproteste kam jedoch zunehmend Unmut ob der klassischen Psychologie auf, da sie, zum einen ihre gesellschaftliche

Eingebettetheit negiere und sich als „neutrale“ Wissenschaft verstehe und somit, so die Kritik, zur Reproduktion kapitalistischer Bedingungen aktiv beitrage. Zum anderen wurde die Psychologie dafür kritisiert, eine Herrschafts- und Anpassungswissenschaft zu sein. Exemplarisch dafür steht die gewöhnliche experimentelle Anordnung, dernach die Proband_innen (diejenigen, die untersucht werden) letztlich als Forschungsobjekte gesehen werden. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Reflexion dessen, dass die Klassifizierung und Diagnose psychischer Krankheiten natürlich ein

Verständnis von „Normalität“ voraussetzt, was dann letztlich normierend wirkt. So entstand in dieser Zeit die Kritische Psychologie, welche heute vor allem als ein Paradigma der Psychologie verstanden werden muss,

sich damals aber anschickte, die Psychologie selbst zu revolutionieren.

Die wesentlichen Kritikpunkte der Kritischen Psychologie sind vielfältig. Zum ersten, dass die bürgerliche Psychologie ahistorisch sei, da sie die derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftsformation als natürlich gegebene naturalisiere und nicht ihr historisches Gewordensein reflektiert. Eine praktische Implikation dessen ist, dass die Psychologie lediglich Aussagen über „den Menschen“ macht, während die Kritische Psychologie darauf insistiert,

Moritz Kirchner
machte seinen Abschluss in Psychologie an der Universität Potsdam und ist dort in der LINKEN aktiv. Kontakt unter mokirch@uni-potsdam.de

dass nur Aussagen über Menschen innerhalb der bestimmten historischen, kapitalistischen Epoche gemacht werden kann. Eine zweite Kritik ist eben die, dass Menschen objektiviert werden und nicht als Subjekte selbst ihre Bedingungen beeinflussen können. Dies zeigt sich erstens in der Grundkonzeption von Forschung, wo letztendlich von Menschen als „Forschungsobjekten“ ausgegangen wird. Vor allem aber wird in der klassischen Wissenschaft nur konstatiert, wie zum Beispiel, dass Arbeitsbedingungen sich zunehmend für viele Beschäftigte verschlechtern. Die kritische Psychologie versteht sich hier hingegen als intervenierende Wissenschaft, die versuchen will, gemeinsam mit den jeweiligen Menschen auf die Lebensbedingungen einzuwirken. Drittens wird konkret kritisiert, dass die Psychologie kapitalistische Mechanismen reproduziert. So helfen arbeitspsychologische Maßnahmen oft, die Beschäftigten an unangenehme Arbeitsbedingungen anzupassen. Die Position ist hier, dass durch die postulierte „Neutralität“ die Psychologie letztlich ganz praktisch kapitalistische Interessen vertritt. Die kritische Psychologie hingegen versteht sich als marxistische Subjektwissenschaft. Das heißt, hier wird die Parteilichkeit offengelegt, während der Vorwurf lautet, dass die bürgerliche Psychologie ihre Parteilichkeit eben verschleiert.

Was aber sind nun die zentralen Postulate der Kritischen Psychologie? Eine zentrale Kategorie Holzkamps

ist die der „Handlungsfähigkeit“, das heißt, dass Subjekte aktiv auf ihre Umweltbedingungen einwirken können. Dabei wird die allgemeine und restriktive Handlungsfähigkeit unterschieden, wobei die Allgemeine Handlungsfähigkeit meint, dass der Mensch sich mit anderen zusammenschließt, um Interessen zu vertreten und die Gesellschaft im sozialen Sinne zu verändern. Die restriktive Handlungsfähigkeit beinhaltet, dass man sich nur unmittelbar an die Umstände anpasst. Es wird generell davon ausgegangen, dass der Mensch in jeder Situation vor der Entscheidung steht, eben entweder allgemein handlungsfähig zu sein, das heißt zu versuchen die gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern, oder sich einzurichten. Klar ist, dass der Versuch der Herstellung allgemeiner Handlungsfähigkeit innerhalb des kapitalistischen Systems auf Widerstand stößt und dies somit meist der unbequemere Weg ist. Allerdings führt nur dieser schlussendlich aus der sozialen Misere des Kapitalismus. Allerdings teilt meiner Auffassung nach die Kritische Psychologie hier ein Problem mit der bürgerlichen Psychologie: Während die bürgerliche Psychologie wegen der verwendeten quantitativen Methodik und ihres impliziten sozialen Atomismus nicht zu wirklich generalisierungsfähigen Erkenntnissen kommt, schafft dies auch die vorwiegend klassenanalytische Herangehensweise der Kritischen Psychologie nur sehr bedingt.

Heute aber ist die Kritische Psychologie marginalisiert und weitgehend zurückgedrängt. Viele Studierende erfahren nicht einmal, wenn sie nicht selbst nach links schauen, dass es sie gegeben hat. Dabei ist ihre Kritik hochaktuell und ihr Programm noch lange nicht verwirklicht. Wer aber einer Schlüsselwissenschaft wie der Psychologie, deren Erkenntnisse sehr viele andere Wissenschaftsdisziplinen, aber auch gesellschaftliche Diskurse prägt (zum Beispiel den um unser Menschenbild), komplett dem

bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb überlässt, sorgt fahrlässig für die Reproduktion von Klassenlagen und gesellschaftlichen Verhältnissen.



Ceci n'est pas une pipe.

Magritte

Was ist eine kritische Rechtswissenschaft?

Auf diese Frage kann eine ganze Reihe von Antworten gefunden werden. Im Folgenden werden einige Ansatzpunkte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – kurz und verkürzt dargestellt.

Kritik kann zunächst – und das ist naheliegend – am Inhalt von Gesetzen entstehen. Eine solche Kritik entbrennt häufig, wenn Gesetze beispielsweise dem Zweck nicht entsprechen, zu dessen Erfüllung sie aber erlassen wurden. Oder ein Gesetz zeitigt bei Durchführung ungewünschte Folgen, oder vielleicht gar keine Folgen mehr, weil es veraltet ist. Auch die Kritik an ungenügender Aufnahme von Forderungen in Gesetze fällt hier hinein. Diese Art von Kritik holt dann den Gesetzgeber auf den Plan, der die Fehlerhaftigkeit korrigiert oder eben nicht. Auch wird häufig die Intransparenz, Unverständlichkeit, Unübersichtlichkeit und schier unüberschaubare Masse der Gesetze kritisiert. Kritik in dieser Hinsicht geht meist mit der Forderung der Demokratisierung des Rechts einher. Eine andere Art der Kritik am Recht be-

trachtet das Recht als eine historische Form des gesellschaftlichen Denkens und Handelns. Recht und Gesellschaft befinden sich danach im Wandel, was dazu führt, dass sich auch die spezifisch historische Form des Rechts und damit das Recht, wie wir es kennen, überholen wird. Diese Kritik setzt voraus, dass dem Denken und Handeln der Menschen unterschiedliche Prinzipien zugrunde liegen, von denen einige dominant sind, andere weniger dominant. Die Entwicklungsprozesse, die zur Herausbildung einer neuen Gesellschaft aus einer alten führen, sind danach langwierige Prozesse, die große Teile des gesellschaftlichen Lebens beeinflussen. So gingen mit der Ablösung der feudalistischen Ordnung der Gesellschaft durch die kapitalistische Gesellschaft Änderungen der Staatsformen, der Wirtschaftsweise und der zwischenmenschlichen Verhältnisse einher. Das beispielsweise den „Bill of Rights“ oder der „Déclaration des droits de l’homme et du citoyen“ zugrunde liegende Prinzip der Gleichheit und Freiheit der Menschen war der feudalen Ordnung der Gesellschaft mit seinen persönlichen Abhängigkeiten noch weitestgehend fremd. Diese Prinzipien ziehen sich durch unsere

Anne-Kathrin Krug ist Rechtsreferendarin und in Die Linke.SDS aktiv; dort vor allem in der rege arbeitenden AG Rechtskritik. Kontakt unter anne-kathrin_krug@web.de

Gesellschaft und sind auch im Grundgesetz so wie in den Verfassungen der meisten anderen Staaten heute kodifiziert.

Die Kritik, die auch Formkritik des Rechts genannt wird, analysiert gerade diese Rechtsform der formalen Gleichheit und die Entstehung eines abstrakten mit allen Grundrechten ausgestatteten Rechtssubjekts. Sie fragt wie sich diese heutige Rechtsform konstituiert, d.h. wie es dazu kommt, dass sich die Menschen als mit diesen Attributen der Menschenrechtskataloge ausgestattet verstehen. Sie fragt weiter, welche Voraussetzungen die Durchsetzung dieser Rechtsform hat, auf welche Art sie funktioniert und für welche Funktionen der Gesellschaft sie selbst Voraussetzung bildet. Recht wird nicht als isoliertes gesellschaftliches Phänomen betrachtet, sondern als etwas, das durch gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt ist und damit eingebunden in nahezu alle Bereiche unseres Lebens. Recht ist selbst dabei auch identisch mit seinen Gegenständen, die eben diese unterschiedlichen Lebensbereiche konstituieren. Gesellschaft ist historisch spezifische Totalität, die in unterschiedlichen Hinsichten zu analysieren ist, aber die nicht in Teilbereiche dieser Totalität, wie die unterschiedlichen Wissenschaften, zergliedert werden soll, um den komplexen gesellschaftlichen Zusammenhang zu verlieren. Da sich die Menschen als freie und gleiche Menschen nur vermittelt über den Staat oder die Staatengemeinschaft,

die ihnen die Rechte garantiert, als solche betrachten können, erfasst diese Formkritik auch eine Staatskritik. Auch Gesellschaft als Staat muss sich darüber hinaus über geistiges Leben, Kultur im weitesten Sinne und über die Produktion der notwendigen Güter reproduzieren. Die Kritik an der Rechtsform zeigt dabei, wie das Prinzip der formalen Gleichheit auch für andere gesellschaftliche Bereiche konstituierend ist und das Recht eine in unserer Gesellschaft adäquate Form des gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhangs bildet.

Darüber hinaus stellt sie den Rechtsverhältnissen der formal freien und gleichen Rechtssubjekte die meist unfreien und ungleichen Positionen des realen Lebens gegenüber, die formal freie und gleiche Rechtssubjekte als reale Menschen einnehmen. Der Rechtsformalismus ist dann aufrechterhaltendes und stabilisierendes Moment der materiellen Ungleichheiten. Das Recht wird in diesem Bezug häufig als Herrschaftsinstrument bezeichnet, wobei jede Reduzierung des Rechts darauf wohl als verkürzt gelten dürfte. Auch die Rechtsprechung der Gerichte wird diesbezüglich als Klassenjustiz bezeichnet. So werden in Mehrheit Menschen mit schlechtem finanziellen Hintergründen vor Strafgerichten verurteilt als Menschen mit stabilen finanziellen Hintergründen. Die „kriminellen Energien“ der Verurteilten sind nicht selten desaströsen finanziellen Problemen geschuldet. Schwierige Familienverhältnisse,



Grosz

ungünstige Bildungsbedingungen, gesellschaftliche Kälte, Nöte und Isolation sind beim näheren Hinsehen meistens die Ursachen.

Die polizeiliche Verfolgung, die gerichtlichen Verurteilungen und das Gesetz führen zur offiziellen Norm, die die Gesellschaft durchherrscht. Menschen verhalten sich konform, oftmals allein aus dem Grund, dass es Recht ist, durch das diese Entscheidungen herbeigeführt werden. Damit gewinnt Recht eine Eigendynamik, die das Denken und Handeln der Menschen nachhaltig beeinflusst. Die Menschen erkennen den Staat und das Recht von sich aus an und ordnen sich freiwillig unter. Die Analyse der Rechtsform als Denk- und Handlungsform ist daher gleichzeitig Ideologiekritik. Die Kritik an der Form des Rechts zielt dabei auf eine Befreiung von solchen verengten Perspektiven und verengenden Ver-

hältnissen. Indem die Kritik immer vom Standpunkt eines möglichen Anderen formuliert wird, beinhaltet sie immer auch einen emanzipatorischen Kern. Sie bewahrt daher einen Bezug zum praktischen Eingreifen. Sie leugnet nicht die Autonomie, die den Menschen zukommt. So kann man als JuristIn durchaus über den formal-juristischen Tellerrand hinaus schauen und die eigenen Tätigkeiten, ob juristische oder nicht-juristische, gesamtgesellschaftlich begreifen und entsprechend ausrichten. Zu einer solchen Praxis gehört auch die Kritik an der juristischen Ausbildung und die organisierte Gegenwehr.

Skizze der traditionellen und einer möglichen kritischen Sinologie

Die Sinologie (Chinakunde) leidet doppelt an sich selbst: zum Einen an ihrem wissenschaftlichen Anspruch, zum anderen an ihrer traditionellen Praxis. Der Anspruch der Sinologie ist zunächst einmal wie bei den anderen Wissenschaften die wertneutrale, überprüfbare und falsifizierbare Erarbeitung und Darstellung des eigenen Gegenstands, und zwar auf dem neuesten Wissensstand. Sie ist also eine Wissenschaft wie jede andere. Dabei umfasst der Gegenstand der Sinologie alles, was mit China zu tun hat. Dazu gehören traditionell vor allem die chinesische Sprache und die geschichtliche Praxis auf dem Boden des chinesischen Festlandes (später auch auf Taiwan und chinesischer Exil-Gemeinden).

Die Breite des Gegenstands und die Spezialisierung der wissenschaftlichen Einzeldisziplinen machte es für die frühere und noch amateurhafte Chinakunde nötig, die Erkenntnisse anderer Disziplinen aufzunehmen. Zu diesen Disziplinen gehören Philosophie, Literatur, Politik, Recht etc.

Der Typus des Chinakenners (meist christliche Missionare) wurde daher überflüssig und durch den Typus des Chinawissenschaftlers ersetzt. Sinologie ist damit zu einer Wissenschaft geworden, die sich aus den verschiedenen Disziplinen den für sie relevanten Stoff herauspicks. Sie ist also interdisziplinär. Mit der Übernahme der Methoden, Theorien und Praktiken aus den Einzeldisziplinen hat die Sinologie zugleich deren Mängel übernommen. Einzig das Problem des Spezialistentums im Einzelfach scheint gelöst. Aber an die Stelle des einseitigen „Fachidioten“ tritt nun nicht der vielseitige Universalgelehrte. Sondern an seine Stelle tritt der allgemeiner gebildete „Fachidiot“, der zwar in verschiedene Disziplinen hinein schnuppert, der sie aber schwerlich alle methodisch, theoretisch und praktisch bewältigen kann - vor allem, wenn ihm nicht genug Zeit und Muße bleibt, um sich tief in den Stoff einzuarbeiten.

Für die Sinologie zeigt sich noch ein spezifisches Problem, das mit ihrem Gegenstand zu tun hat. Einer der Hauptgegenstände der Sinologie, die gesellschaftlich-geschichtliche Praxis auf dem Boden der VR China, ist ein ideologisch hoch brisanter Gegen-

Alexander Schröder studiert in Köln Sinologie und ist dort auch bei DieLinke.SDS aktiv. Kontakt unter: roherfisch@hotmail.com

stand. Denn immer noch versteht sich die Kommunistische Partei Chinas als die legitime Vertretung des chinesischen Volkes sowie als Garant für den Erfolg der chinesischen Nation und für eine vermeintlich sozialistische Modernisierung. In dieser Rolle eckt sie natürlich bei antikommunistischen, nationalistischen und anderen bürgerlichen Ideologen an. Da nun die traditionelle Sinologie nicht frei in der wertfreien Luft der Wissenschaft schwebt, sondern vielmehr bis über beide Ohren in einem Sumpf von Interessen, Werturteilen und Machtverhältnissen steckt – wie alle Wissenschaften – kann sie dabei nicht ganz sauber bleiben. Sinologen, die allzu kritisch sind, gefährden womöglich ihre Arbeit und damit ihre Zukunft. Einerlei, ob sie dabei zu kritisch gegenüber der KP sind oder, ebenso wie diese vorgeblich, eine antikapitalistische Perspektive haben – in jedem Fall können sie mit Nachteilen für ihre Arbeit rechnen. Ein zu kritischer Sinologe in China wird an bürokratischen Hindernissen leiden, ein zu kritischer Sinologe in Deutschland etwa wird es schwerer haben, einen Arbeitgeber zu finden. Es droht folglich die Selbstzensur der Sinologie.

Jedoch kann auch die Selbstzensur öffentlich wirksame Urteile der Sinologie nicht völlig verhindern. Immerhin schließt jede Äußerung ein Urteil ein, sei es noch so wertfrei gemeint. Das wird nicht einmal mehr gezeugnet, aber es wird ausgeblendet durch

den Verweis auf die „Bemühung“, zumindest wertfrei auszusehen bei (Wert-)Urteilen. Das mündet dann in den Zwiespalt, dass sich Sinologen durchaus Wertungen und Veränderungsvorschläge leisten, aber nicht als Sinologen, sondern als Privatpersonen – ganz so als könnte man beides trennen.

Wenn die wissenschaftlichen Vorbilder den heranwachsenden Sinologen einreden, man dürfe hoch interessante Urteile nur privat äußern, aber nicht als Sinologe, und man solle möglichst auch nicht im Seminar wertend diskutieren, dann wird dadurch die freie Entwicklung und das wissenschaftliche Interesse am Gegenstand von vornherein gebremst. Der wissenschaftliche Nachwuchs wird so diszipliniert auf bloßes Faktenwissen und auf lange vorgekauftes theoretisches Material. Das kann nur bei besonders hartnäckigen und kreativen Menschen das Interesse am wissenschaftlichen Gegenstand erhalten. Ein Großteil der Kommilitonen – so meine These – neigen hingegen wegen solcher Lernbedingungen dazu, das Sinologie-Studium als geisttötendes und langweiliges Übel wahrzunehmen, welches als Gegensatz zum privaten und frei gestaltbaren Leben außerhalb des Studiums erscheint. Das wiederum hat zwei fatale Wirkungen: einerseits erscheint das Studium nur noch als mühsame und aufgezwungene Investition in „Humankapital“, um später eine Arbeit

zu finden, die zumindest ein selbstbestimmtes Privatleben ermöglicht; andererseits werden so die hoch politischen Inhalte der Sinologie zu einer Bestätigung des unpolitischen Alltags, in dem Politik als nicht Selbstgemachtes, als Schicksal erscheint.

Die traditionelle Sinologie wird ihrem Anspruch auf Wertneutralität nur schwer gerecht. In ihrer Praxis wird sie gehemmt vom diesem Anspruch wie auch von ihrer konkreten Ausgestaltung. Wie könnte man sich nun eine Sinologie denken, die ihren Nachwuchs nicht langweilt, und diszipliniert, sondern politisiert und fördert; die die Interdisziplinarität besser ausschöpft; die nicht von Selbstzensur bedroht ist?

Es wäre schon einiges getan, wenn die Seminare kleiner wären und hätte der Nachwuchs innerhalb der Lehrveranstaltungen mehr Raum für Diskussion, auch für „blöde“ Fragen oder für Überlegungen zu Handlungsalternativen etwa der KP Chinas, der Bundesregierung oder des Nachwuchses selbst. In solchen Diskussionen würden viele neue Fragen und damit Interesse am Studium auftauchen. Die Ergriffenheit durch die politischen Inhalte im Studium würde so das allgemeine Interesse an Politik fördern.

Die Interdisziplinarität kann nicht ausgeschöpft werden, wenn die Studenten durch die erkenntnisfeindlichen und zugleich arbeitsintensiven BA-Studiengänge verheizt werden, um

langweiligen Stoff wiederzukäuen. Eine radikale Reform des Bachelors oder eine Wiederbelebung der alten Studiengänge wäre also förderlich. Der ökonomische Druck durch Studiengebühren, geringe BAföG-Sätze oder Angst um eine Zulassung zum MA-Studium sind ebenso störend, weil das freigeistige Studium so zur Nebensache degradiert wird. Minderung dieses Drucks durch Abschaffung von Studiengebühren und aller Zulassungsbeschränkungen für MA-Studiengänge sowie Erhöhung der BAföG-Sätze wären also sinnvoll. Dadurch wäre wieder mehr Zeit geschaffen. Erst so kann das Spiel der Einzeldisziplinen ausgeschöpft werden.

Die Sicherstellung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre von privaten Geldmitteln wäre sinnvoll, um Tendenzen einer Selbstzensur der Sinologie außerhalb Chinas zu verringern. Ebenso eine verstärkte Berücksichtigung der Produktionsbedingungen der Sinologie in der eigenen Theorie. In China selbst dagegen könnte ein wenig proletarischer Klassenkampf hilfreich sein, um mehr Freiheiten für kritische Stimmen zu erkämpfen...

Schließlich ist für eine kritische Sinologie notwendig, dass sie die scheinbare Trennung von Erkenntnissen und Wertungen nicht mitmacht, sondern aufzeigt wie beides vom Anfang bis zum Ende zusammenhängt. Statt einer gespielt wertfreien Sinologie,

die hinterrücks doch wieder politisch ist, wäre dies eine Sinologie, die dazu steht, dass sie von Interessen geprägt ist und diese der Überprüfbarkeit willen offenlegt. Etablierte Ansichten in der Sinologie könnten so besser falsifiziert und die angestrebte Objektivität besser ermöglicht werden. Die Aufdeckung der Bedingtheit der Sinologie würde schließlich den Weg öffnen zu einer Sinologie, die offen dazu steht, menschenfeindliche Praktiken und Herrschaftsinteressen im Westen wie im Osten aufdecken und bekämpfen zu wollen.

Damit kommen wir zum wohl wichtigsten Aspekt einer möglichen kritischen Sinologie. Die Bedingtheit der Sinologie durch gesellschaftliche Interessen in gebührendem Maße zu verarbeiten ist eine Voraussetzung einer kritischen Sinologie, aber es muss einen Maßstab geben, an dem der Grad der Kritik messbar ist. Dieser Maßstab kann meines Erachtens nur ein humanistischer Standpunkt sein; ein Standpunkt, der ausdrücklich die Bedürfnisse und Interessen aller Menschen sowohl zu seinem gedanklichen Ausgangs- wie Endpunkt bestimmt. Etwa mit dem kategorischen Imperativ von Karl Marx „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, hätte eine kritische Sinologie einen solchen humanistischen und zugleich praktischen Auftrag.

Kritik. Wir bleiben allerdings nicht bei Kritik am Bestehenden, sondern zeigen knapp die aus unserer Sicht angemessene Alternative auf, wie (kritische) Sozialwissenschaften sein sollten.

Sozialwissenschaften und Kritik.

Zur Kritik des sozialwissenschaftlichen Mainstreams, kritischen Sozialwissenschaften und Kritischer Theorie in den Sozialwissenschaften

Tatjana Gossen (DieLinke.SDS HU) und Anna Michels studieren Sozialwissenschaften an der HU Berlin. Paul Rintelmann hatte als kritischer Student in seinem unkritischen Fach "Kultur- und Medienmanagement" die Chance einen Blick über den Tellerrand auf die Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zu werfen. Was er dabei zu sehen bekam, hat ihn veranlasst sich in der AG zu engagieren. Kontakt unter: tatjana.gossen@hotmail.com und paulrintelmann@yahoo.de

Wenn von kritischen Wissenschaften gesprochen wird, so geht es, wie auch in dieser Broschüre mehrfach betont, nicht um den Unterschied zwischen kritisch und unkritisch. Vielmehr handelt es sich um eine mehrdimensionale Kritik – an Inhalten, Form, Methoden – am Mainstream in der Wissenschaft. In diesem Beitrag werden die etablierten Sozialwissenschaften zum Objekt der (möglicherweise unvollständigen)

Kritik an Sozialwissenschaften

Einem kritischen Blick auf die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre bleiben mehrere Probleme nicht verborgen:

Jede (erfolgreiche) sozialwissenschaftliche Arbeit hat heute auf einer empirischen Untersuchung zu fußen. Sicherlich ist Empirie ein wichtiger Bestandteil von einer wissenschaftlichen Herangehensweise in Soziologie und Politikwissenschaften. Problematisch ist jedoch ihre starke Fokussierung auf die quantitative Methode, welche meist die standardisierten Umfragen meint. Hier liegt der Versuch zugrunde, die Wirklichkeit des menschlichen Lebens auf einer festgesetzten Anzahl von Kategorien abfragbar zu machen. Allein dies birgt eine ganze Menge von Verzerrungen und Unvollständigkeiten und führt oftmals zu falschen oder zumindest nicht einwandfreien Schlussfolgerungen – Stichwort: Ursache-Wirkungs-Problem. Bei der statistischen Weiterverarbeitung von Daten werden diese vielfach bearbeitet und so oft (ungewollt) manipuliert. Ein weiteres Problem der standardisierten Me-

thode besteht in ihrer Vorabwirkung auf die Forschungsinteressen und Fragestellungen. Denn diese werden so gewählt, dass sie mit standardisierten Methoden überprüft werden können. Die Methode wird nicht hinterfragt, sondern ihre Instrumente geschärft. Außerdem wird durch die quantitative Sozialforschung jede Untersuchung auf die subjektive Sicht der Befragten beschränkt. Das, was den Befragten selbst möglicherweise unbewusst, unbekannt, verborgen bleibt, vermag diese nicht zu erfassen (alles andere gilt als Philosophie und ist ja – ach! – schon eine andere Disziplin). So wird die Existenz objektiver Gesetze, Tatsachen, Strukturen etc. bestritten – was nicht empirisch aufgezeigt werden kann, existiere eben nicht (Positivismus). Die Verschleierung gesellschaftlich relevanter Zusammenhänge, wie bspw. der ökonomischen Gesetze (siehe *Fetischcharakter der Ware* bei Marx) wird somit reproduziert. Dabei wird vielfach die Wertfreiheit der Wissenschaft propagiert, ohne einzugestehen, dass auch bei den durch ihre mathematische Ausrichtung scheinbar neutralen quantitativen Methoden die Auswahl der Kriterien und Kategorien, die Formulierung von Fragen und Antwortmöglichkeiten durch Menschen mit bestimmten Einstellungen geschieht – egal, wie sehr diese sich bemühen, sich nicht suggestiv auszudrücken.

Doch auch aus inhaltlicher Sicht gibt es durchaus fragwürdige Punkte. So zum Beispiel der weit verbreitete Eu-

rozentrismus. Nicht nur, dass die Besonderheiten nicht-westeuropäischer Gesellschaften häufig aus dem Blickfeld geraten – dies kann oft den begrenzten Kapazitäten geschuldet sein –, sondern auch, dass die Entwicklung und ihr jetziger Stand in der sog. „Ersten Welt“ als das Maß aller Dinge gilt. Logischerweise kann eine solche Grundannahme zur (wissenschaftlichen) Legitimierung bestimmter – (man möge sie kapitalistisch, imperialistisch oder wie auch immer nennen) – (Geo-)Politiken sehr nützlich sein. Dies nur als Beispiel, denn Sozialwissenschaften können und werden in jeder ihrer Disziplinen zur Begründung und Verfestigung der herrschenden Meinung und dadurch der Macht- und Herrschaftsstrukturen herangezogen. Die Ordnung des „Wissensbetriebs“ mit seinen Zertifikartellen, der Konservierung des Mainstreams u. a. durch die professorale Mehrheit an den Hochschulen u. v. m. trägt nur zum Ausschluss von alternativen, kritischen Diskursen bei. Eine weitere Lahmlegung der emanzipatorischen Entwicklung der Menschheit passiert durch die Annahmen von Naturgegebenheiten. Problematisch ist beispielsweise die Annahme über den Menschen als tauschendes Wesen, dem die Marktwirtschaft als die einzig sinnvolle natürliche Wirtschaftsform zuerkannt wird. Sie versperrt den Blick auf alternative Lebens- und Wirtschaftsformen.

Kritische Sozialwissenschaften

All dem entgegen sollten die (kritischen) Sozialwissenschaften dazu beitragen, gesellschaftliche Strukturen offenzulegen und der Reproduktion von Mythen und Vorurteilen entgegenzuwirken. Teilweise gelingt es auch, so z. B. durch die Studien zu den Geschlechterverhältnissen. Doch die erfolgreichen wissenschaftlichen Ergebnisse sollten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und zwar mit dem Ziel, die Erkenntnis auszuweiten und so die Emanzipation der Menschen voranzutreiben (was hingegen in der Realität „ans Volk gebracht“ wird, ist die popularisierte Wissenschaft, die oftmals gerade die biologischen Ansichten, wie z.B. die der alles steuernden Gehirnareale und der Vererbbarkeit von Intelligenz). Diesbezüglich spielen auch die Medien eine wichtige Rolle, denn diese sind der Vermittler zwischen den Systemen der Politik, Wissenschaft usw. Eine besondere Stellung nimmt das Bildungssystem ein, welches die Grundsteine legt – ob es die Steine im Sinne von „*Another brick in the wall*“ sind, oder die Grundsteine eines Weges der Selbstentfaltung und –verwirklichung, eines Weges zur Verbesserung des eigenen sowie des Lebens *aller* Menschen (umgeben von Flora und Fauna) sind, ist entscheidend.

Es geht also um eine positive Weiterentwicklung, denn es gibt kein

Ende der Geschichte – wir leben noch lange nicht in einer perfekten Gesellschaft. Interdisziplinär angelegt, könnten die in den Dienst des Menschen gestellten Sozialwissenschaften zur Herstellung eines lebenswerten Lebens, Gleichheit, Nachhaltigkeit beitragen. Dabei ist das globale Denken entscheidend, denn es geht nicht nur um mehr Wohlstand und etwas mehr Gerechtigkeit durch Sozialpolitik für die westliche Welt. Wie bereits mehrfach betont, ist der Mensch nicht nur für den Schneider das Maß, sondern auch für Sozial- und andere WissenschaftlerInnen.

Sozialwissenschaften und Kritische Theorie

Im Sinne der klassischen kritischen Theorie der Frankfurter Schule kann dem hinzugefügt werden, dass in den nicht-kritischen, d.h. nicht-emanzipierten Sozialwissenschaften, rationalistisches und funktionalistisches Denken sowie technologisches Wissen im Vordergrund stehen. Bildung als Erziehung zur (Selbst-)Kritik und sozialer Verantwortung rücken dagegen immer stärker in den Hintergrund. Technokratisch ausgerichtete Sozialwissenschaften, wie sie insbesondere in den Betriebswirtschaftslehre vorzufinden ist, kultiviert die Affirmation des Bestehenden, indem sie historisch gewachsene Tatsachen als natürlich erklärt. Daraus folgt nach Adorno, dass die „Herrschaft des blind Objektiv“ den gesellschaftlichen Status

Quo als unveränderliche Tatsachen akzeptiert. Im Zuge grassierender „Anwendungsorientierung“ unterwerfen sich dann wissenschaftliche Institute immer stärker „objektiven“ Arbeitsmarkterfordernissen oder richten ihre Forschungen an Bedürfnissen von Drittmittelgebern aus.

Im Zuge solcher Dynamiken fördern die Sozialwissenschaften die Bildung eines eindimensionalen Menschen- und Weltbildes. Phänomene die Theodor W. Adorno als die „Versachlichungen der Seelen“ beschreibt, wirken sich praktisch dann etwa in der Reduktion von Persönlichkeiten auf Humanressourcen und Funktionserfüller aus. Kritische Sozialwissenschaften lassen dagegen Spielräume zur Entwicklung intrinsischer Motive und regen zu sozialkritischer Neugier an. Sie erziehen zur Auflehnung und zum Denken in Qualitäten – so ermöglichen sie die näherungsweise Erfassung der Komplexität der Gesellschaft. Kritische Sozialwissenschaft wendet sich gegen die betriebsblinde Universität, die gemäß der Tauschhandelslogik „jegliches Seiendes auf jegliches Seiendes bezieht“ (Adorno) und damit soziale Komplexität auf blinde Zahlen reduziert und zur Faktengläubigkeit erzieht.

Auch die Erkenntnisse der neueren kritischen Theorie von Jürgen Habermas sind für die kritischen Sozialwissenschaften bedeutsam. Besonders die ethischen Richtlinien des „herrschaftsfreien Diskurses“ stellen wichtige Impulse für die kritischen

Wissenschaften dar. Gesellschaftliche Kommunikationen, die den allgemeinen und ungezwungener Konsens als Ziel haben und keine strategisch-manipulativen Ziele verfolgen, sollen die Grundlage gesellschaftlichen Handelns bilden. Daher müssen auch die Wissenschaften eine Plattform bieten, in denen ein freier Austausch unter gleichberechtigten Gesprächspartnern möglich ist. In diesem Sinn müssen kritische Sozialwissenschaften angemessene Partizipationsmöglichkeiten für Studierende bieten, etwa indem sie ihnen erlauben Lehrveranstaltungen selbst mitzugestalten. Kritische Wissenschaften müssen demnach dazu beitragen, die Hochschulen als Ort der Verständigungsorientierung und der herrschaftsfreien Diskussionskultur zu etablieren. Praktisch bedeutet dies, dass bestehende Asymmetrien, wie die Hierarchisierung der Fachrichtungen nach Karriererelevanz offen gelegt und kritisch hinterfragt werden müssen.

Kritik der Mainstream-Volkswirtschaftslehre (VWL)

Jakob Graf ist Lehramtsstudent für Sozialkunde und Mathematik an der FU Berlin und dort auch im SDS aktiv. Kontakt unter jakob.kob@googlemail.com

Unter einer Kritik der Mainstream-VWL versteht man wohl am besten eine

Kritik der momentanen – an den Unis vorherrschenden – Volkswirtschaftslehre; diese besteht vorwiegend aus der neoklassischen Theorie. Überall wo es je kritische ProfessorInnen auf Lehrstühlen gegeben hatte, findet sich heute die gleiche Monotonie. Selbst die keynesianische Theorie gilt oftmals als verdächtig und wird von der neoklassischen Deutungshoheit verdrängt. An den meisten Orten läuft das VWL-Studium nahezu gleich ab. Normalerweise bestehen die ersten Semester des ohnehin kurzen Studiums aus einer Reihe von Vorlesungen, auswendig gelernten Skripten und einer Menge zu absolvierenden Klausuren. Oftmals werden gar multiple choice Klausuren geschrieben; an dieser Art Klausur kann man die Oberflächlichkeit des heutigen VWL-Studiums ablesen. Die Kritik an der

vorherrschenden VWL muss also hauptsächlich aus der Kritik an der neoklassischen Theorie und der Form wie sie gelehrt wird bestehen.

Wenn in der Vorlesung „Einführung in die VWL“ anfangs noch kurz die klassischen Theoretiker der Wirtschaftswissenschaft angesprochen werden, dann nur dazu, sie umso sicherer für das restliche Studium abgehakt zu haben. Ökonomen wie Ricardo dürfen eventuell nochmal kurz zur Verteidigung des Freihandels herhalten (Ricardos komparativer Kostenvorteil), auch Smith und Say werden vielleicht noch für das eine oder andere Modell verwertet, doch eine tiefere Beschäftigung mit ihnen oder späteren Ökonomen findet so gut wie nicht statt. Nicht einmal Keynes wird gelesen. Vielmehr wird auch er in neomodische Modelle verwurstet, bis kein Haar mehr von ihm bleibt. Nur über neoklassische Modelle hört man überhaupt von keynesianischer Theorie, die ja eigentlich eine Kritik an der Neoklassik darstellen wollte. Alles was sich nicht nach den Vorstellungen der Neoklassik modellieren lässt, taucht nicht auf. Der Zensur entgeht niemand.

Doch auch wer die ursprünglichen Theoretiker der Neoklassik eigentlich waren bleibt im Dunkeln. Dem Fach fehlt es an der Vermittlung der eigenen Ideengeschichte. Denn generell gilt: statt Theorien zu lesen und zu diskutieren, müssen die VWL-StudentInnen Lehrbücher auswendig lernen, um möglichst schnell - mit

möglichst viel Mathematik - innerhalb der neu gelernten Modellen individuelle Nutzen und Profite maximieren zu können, die Amortisationsdauer ausrechnen oder ein Pareto-Optimum finden. Die VWL wird zur bloßen Anwendungswissenschaft. Hier ist nicht mehr wie z.B. beim Maschinenbau-Studium die Frage, wie etwas funktioniert und wie etwas eventuell besser gemacht werden könnte, nein, das VWL-Studium scheint oft mehr eine Ausbildung zu sein, wie die eines Lehrlings, der bloß lernt wie die Hebel der Maschine zu bedienen sind. Bei all ihren Modellen bewegt sich diese Wissenschaft auf einer Oberfläche, die sie nie hinterfragt. Mit der Frage, wie unsere Gesellschaft eigentlich grundsätzlich funktioniert, müsste jedes sozialwissenschaftliche Studium beginnen. Was unterscheidet unsere Wirtschaftsform denn von anderen? Gab es immer schon Kapitalismus? Hier beginnt eigentlich ein kritischer Ansatz. Sämtliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt, der Wechselkurs oder der nominale Zinssatz werden zwar definiert, nicht aber in ein grundsätzliches Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise eingeordnet. All die Modelle dienen zwar der Modellierung einiger volkswirtschaftlicher Größen, der Maximierung des volkswirtschaftlichen Nutzens oder des Nutzens einzelner Akteure und führen auch unter Umständen zu einer Interpretation ihrer quantitativen Beziehungen, doch die Annahmen,

die den Modellen zugrunde liegen, werden selten diskutiert. Hierfür fehlt den modernen VolkswirtInnen auch die Kenntnis einer zusammenhängenden und grundlegenden Theorie der kapitalistischen Gesellschaft. Nur auf einer solchen Basis lassen sich ja auch die Annahmen eines Modells überhaupt kritisieren. Zum Beispiel lassen sämtliche Modelle der Makroökonomie die Existenz von Geld außen vor und theoretisieren in einem Modell eine Wirtschaft, die nur ein Gut kennt. Dass uns diese Modelle aber nicht verständlich machen wie unsere Wirtschaft eigentlich funktioniert, oder gar zu ganz falschen Schlüssen führt, erkennt man erst, wenn man sich mit anderen Theorien der Ökonomie beschäftigt hat. Die Theorie von Marx zum Beispiel versucht gerade die Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen klar zu machen. Die Beschäftigung mit solchen Theorien ist für einen kritischen Ansatz äußerst wichtig.

Aus der Sicht der Marxschen Theorie lässt sich der neoklassische Ansatz durchaus hinterfragen. Dieser theoretische Ansatz versteht Vorgänge wie z.B. Kaufen und Verkaufen als Handlungen die in ihrer heutigen Verbreitung lediglich für die kapitalistische Produktionsweise typisch sind. Auf den ersten Blick scheint es diese Vorgänge zwar schon immer gegeben zu haben, doch fand die Produktion von Waren für den Verkauf in vorkapitalistischen Gesellschaften höchstens am Rande statt. Die mit-

telalterlichen Bauern produzierten zunächst einmal für ihren eigenen Bedarf. Sie stellen eine Familie dar, die sich bewusst organisiert und arbeitsteilig die anstehenden Aufgaben verrichtet. Zwischen den Bewohnern des Bauernhofs wird nicht marktförmig getauscht und auch nicht kapitalistisch produziert. Der Überschuss an Produkten, der nicht zum eigenen Konsum nötig war, wurde dann in der Stadt verkauft oder musste an den Feudalherrn abgegeben werden. In den mittelalterlichen Städten, ganz anders als heute, bestimmte das Zunftwesen die Produktion. Hier wurde zwar für den Verkauf produziert, jedoch wurde festgelegt, wer wie viel produziert und wer wie viele Gesellen anstellen durfte. Das heißt ja nicht, dass diese Art der Produktion besser ist, als die kapitalistische, nur zeigt dieses Beispiel, dass es auch ganz andere Produktionsweisen als die kapitalistische gibt. Das heißt, jede Wirtschaftsform hat einen historischen Charakter, sie hat einen Anfang und ein Ende. Keine Wirtschaftsform existiert für immer und ewig. Das bedeutet aber auch, dass unsere heutige Gesellschaft einer solchen kritischen Auffassung als durchaus veränderbar erscheint. Das heißt, die Volkswirtschaftslehre ist keine Wissenschaft von der Natur, sondern von gesellschaftlichen, historischen und politisch veränderbaren Beziehungen zwischen Menschen. Die Volkswirtschaftslehre ist also eine politische Wissenschaft und gerade

nicht wertfrei. Gerade wenn sie versucht wertfrei und neutral zu sein, also Möglichkeiten von Veränderungen nicht zu diskutieren, dann verschweigt sie die Veränderbarkeit und ihren politischen Charakter und trägt nur zum Fortbestehen der momentanen Wirtschaftsform bei.

Gibt es aber verschiedene Produktionsweisen, die ganz unterschiedlich funktionieren, also nicht nur die kapitalistische – wie die heutige VWL oftmals zu glauben scheint – dann muss man sich aber auch darüber klar werden, dass die Modelle, wenn sie denn erklären wollen wie unsere Wirtschaft funktioniert, auch die historischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Produktionsweisen deutlich machen müssen. Die abstrakten Modelle der Neoklassik verschleiern jedoch vielmehr die Unterschiede. Die mathematischen Modellierungen interessieren sich nur für quantitative Beziehungen und nicht für ein zusammenhängendes qualitatives Verständnis der Wirtschaft. Das führt zum Beispiel dazu, dass die heutige VWL die Produktion in der modernen Fabrik, wo die ArbeitnehmerInnen gegen Lohn mit modernsten Maschinen für einen weltweiten Markt produzieren, in dem diese Waren mit denen anderer Konzerne konkurrieren und trotzdem einen maximalen Profit abwerfen sollen, mit den gleichen Begriffen erklärt wird wie das Jagen und Sammeln eines Steinzeitmenschen. Genauso wie hier die modernste Maschine als Kapital bezeich-

net wird, so gilt dieser Theorie auch der Stock, den der Steinzeitmensch benutzt, um sich eine Frucht vom Baum zu angeln als Kapital. So stülpt die VWL anderen Gesellschaften einfach ihre Auffassungen der kapitalistischen Gesellschaft über. Das führt dazu, dass Unterschiede zwischen verschiedenen Wirtschaftsformen gerade nicht erkannt werden können. So schreiben zum Beispiel Samuelson und Nordhaus in ihrem berühmten Einführungswerk: „Die meisten von uns haben keine Vorstellung davon, wie sehr unser tägliches Leben direkt oder indirekt von Kapital abhängt, gehören doch Autobahnen, auf denen wir fahren, ebenso wie Kabel, über die wir Strom und Kabelfernsehen beziehen, ja sogar die Häuser, in denen wir wohnen, in diese Kategorie.“ Kabel ist Kapital? Es kann ja sein, dass ein Kabel jemandem als Kapital funktionieren kann, doch ist dadurch noch lange nicht jedes Kabel bis zu seinem Kurzschluss Kapital. Der Kurzschluss ist vielmehr, dass bloß weil ein Kabel durchaus Kapital sein kann, so getan wird, als wäre es von Natur aus Kapital. Hier herrscht eine Tendenz vor, die Erscheinungen, so wie sie sich auf der Oberfläche unserer kapitalistischen Gesellschaft ergeben, als für immer geltende Wahrheiten zu proklamieren.

Der Kapitalismus ist von Menschen gemacht und kann auch abgeschafft werden. Dieser Ansatz steht demjenigen der heutigen VWL konträr gegenüber; diese will sich dagegen

mehr und mehr als Naturwissenschaft sehen. Sie will also eine Wissenschaft sein, die sich mit unveränderbaren Bedingungen beschäftigt, als wäre die Gesellschaft eine Natur, die wir nicht verändern könnten. Dass die Menschen unter den heutigen Bedingungen ihre Arbeitskraft als Ware an einen Unternehmer verkaufen müssen, und nicht gemeinsam für ihre Bedürfnisse produzieren, ist aber keine Naturbedingung. Genauso wenig kommt es von Natur, dass unsere Gesellschaft durch die Konkurrenz riesiger multinationalen Unternehmen und durch immer unkontrollierbare Krisen bestimmt wird und nicht durch einen Versuch einer demokratischen, bewusst handelnden Instanz, die bei einem Scheitern auch abgewählt werden könnte.

Eine Volkswirtschaftslehre sollte sich vielmehr darum Gedanken machen, wie die Wirtschaft verändert werden kann, sodass sie den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Sie sollte die Wirtschaft also gerade in ihrer Veränderbarkeit erfassen. Das bedeutet sich mit ihren grundsätzlichen Funktionsmechanismen zu beschäftigen, anstatt sie nur zu verwalten. Das bedeutet, Zustände nicht hinzunehmen, in denen mehrere Millionen Menschen jährlich verhungern, während unsere Gesellschaft weltweit Reichtümer in ungeahntem Ausmaß erzeugt.

Literatur: Seite 61, in Samuelson, Paul A. und Nordhaus, William D.: Volkswirtschaftslehre. 3. Auflage 2007, mi-Fachverlag

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Freiheit zum Andersdenken mit einem Stipendium der Rosa Luxemburg Stiftung

Die **Rosa Luxemburg Stiftung** vergibt Stipendien an Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen, die sich durch hohe fachliche Leistungen sowie ein ausgeprägtes gesellschaftliches oder soziales Engagement im Sinne der Stiftung auszeichnen. Über das Stipendium hinaus bietet die RLS den StipendiatInnen ein umfangreiches Förderprogramm, bestehend aus Seminaren, Workshops, Ferienakademien u.a.

Großer Wert wird auf die Selbstorganisation der StipendiatInnen gelegt.

Nächster Bewerbungsschluss: 31. Oktober 2010

Nähere Informationen unter www.rosalux.de

Die AG Kritische Wissenschaft versammelt unter ihrem Dach Gruppen verschiedene Fachdisziplinen, die in ihren Fächern politische und wirtschaftliche Herrschaftsinteressen untersuchen - und so als Plattform Raum schaffen für alternative Theorien und Lehrkonzepte. Gleichzeitig ist die AG nicht auf theoretische Erkenntnis beschränkt. Denn sie interveniert an den Hochschulen politisch-praktisch in soziale Kämpfe und gesellschaftliche Widersprüche.

Infos: www.kritik-an-die-uni.de

Kontakt: kriwi.info@googlemail.com